

Stenographisches Protokoll

5. Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Freitag, 5. Juli 2013

Inhalt

Fragestunde (S. 296)

Aktuelle Stunde (S. 299)

Antragsteller: Grüner Klub

Thema: „Gift in der Umwelt – Mehr Schutz für die Bienen in Kärnten“

Redner: Dr. Lesjak (S. 299), Tiefnig (S. 300), Mag. Leyrouz (S. 301), Ing. Schabus (S. 302), Mag. Schalli (S. 303), Mag. Trodt-Limpl (S. 304), Dipl.-Ing. Johann (S. 305), Köchl (S. 306), Lobnig (S. 307), Wieser (S. 308), Holub (S. 309), Strauß (S. 310)

Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 Abs. 3 K-LTGO, Seiser (S. 312)

Ldtgs.Zl. 220-8/31:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 05.07.2013 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs gem. Art. 72 K-LVG in Verbindung mit Art. 127a Abs. 8 B-VG betreffend die Überprüfung des Verkaufes der Liegenschaft EZ 788 GB 72158 Reifnitz samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth (Bgm. Adolf Stark, FPK) durch den Bundesrechnungshof

Zur Geschäftsordnung: Trettenbrein (S. 312), Dr. Prasch (S. 312), Mag. Trodt-Limpl (S. 312)

Einstimmige Annahme (S. 312)

Tagesordnung (S. 313)

Ldtgs.Zl. 177-4/31:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2013 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2013, zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2013 erteilt werden
Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 313)

Mitteilung des Einlaufes (S. 319)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 319)

Beginn: Freitag, 05.07.2013, 14.05 Uhr

Ende: Freitag, 05.07.2013, 16.00 Uhr

Beginn der Sitzung: 14.05 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 34 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Ing. Hueter**, **Mag. Dolinar**

B u n d e s r ä t e : **Novak**, **Dörfler**

E n t s c h u l d i g t : **Blatnik**, **Poglitsch**

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**,
Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag.**

Dr. Schaunig-Kandut, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Dr. Waldner**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf die Damen und Herren Regierungsmitglieder, die Damen und Herren Abgeordneten bitten, Platz zu nehmen! Ich darf Sie alle sehr herzlich zur 5. Sitzung des Kärntner Landtages begrüßen! Für die heutige Sitzung entschuldigt ist die Frau Bundesrätin Ana Blatnik, entschuldigt ist der Landesamtsdirektor-Stellvertreter Mag. DDr. Markus Matschek, entschuldigt ist der Abgeordnete Alois Dolinar. Ebenso entschuldigt ist der Klubobmann der ÖVP, Ing. Ferdinand Hueter, entschuldigt ist auch der Bundesrat Christian Poglitsch. Ich darf sehr herzlich begrüßen die anwesenden Mitglieder auf der Regierungsbank, den Herrn Landeshauptmann Mag. Dr. Peter Kaiser, die Frau Landeshauptmann-

Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, die Frau Finanzreferentin und Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, den Herrn Landesrat Dr. Waldner, den Herrn Landesrat Holub! Ich darf ebenso auf der Bundesratsbank begrüßen den Bundesrat Günther Novak und den Bundesrat Landeshauptmann a.D. Gerhard Dörfler! Wir haben aufgrund der festgestellten Entschuldigungen festzustellen, dass der Landtag heute trotz einiger Entschuldigungen beschlussfähig ist. Ich darf zu Geburtstagen im Juni gratulieren: Am 21.6. hat der Abgeordnete Christoph Staudacher seinen Geburtstag gefeiert, am 22.6. hat der Herr Klubobmann Dr. Hartmut Prasch seinen Geburtstag gefeiert, am 24.6. hat die Frau Klubobfrau der Grünen, Mag. Dr. Barbara Lesjak, ihren Geburtstag gefeiert und vor zwei Tagen hat der Herr Dipl.-Ing. Michael Johann Geburtstag gehabt. Ich gratuliere allen Damen und Herren Abgeordneten zu ihrem Geburtstag, wünsche Ihnen Gesundheit, Glück und Erfolg und alles Gute! (*Beifall im Hause.*) Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung kommen wir zur Fragestunde.

Fragestunde

Ich komme zur Aufrufung der offenen Anfragen.

1. Ldtgs.Zl. 14/M/31:

Anfrage der Abgeordneten Mag. Theuermann an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut

Ich bitte die Frau Abgeordnete ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Theuermann** (TS):

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Warum waren beim Kassasturz weder der Landes- noch der Bundesrechnungshof und auch kein Experte des Finanzministeriums beteiligt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig, bitte um Ihre Antwort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hoher Landtag! Seitens der Fachabteilung wurden sowohl der Bundesrechnungshof, der Rechnungshof als auch das Bundesministerium für Finanzen zur Mitwirkung am Kassasturz eingeladen. Der Bundesrechnungshof wies jedoch darauf hin, dass eine derartige Mitwirkung nicht von seiner Prüfungscompetenz umfasst und daher nicht möglich sei. Seitens des Landesrechnungshofs wurde darauf hingewiesen, dass eine aktive Rolle im Hinblick auf die Kontrollfunktion und allfällige Interessenskollisionen nicht möglich sei, aber in Abstimmung mit den Prüfungsschwerpunkten Schwerpunkte des Landesrech-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

nungshofes bei der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2012 auf die ausgliederten Rechtsträger und auf die Fremdwährungskredite gelegt werden. Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wurde auf das Spannungsverhältnis zwischen den Gebietskörperschaften hingewiesen, weshalb eine unmittelbare Mitwirkung von Organen des Bundesministeriums für Finanzen bei derartigen Überprüfungen aus diesen Gründen nicht möglich sei. Ich möchte aber sehr wohlthuend und lobend hervorheben, dass sich das Bundesministerium für Finanzen im Moment sehr aktiv in die Umstellung des Haushaltsrechtes in Kärnten einbringt und hier das Erfahrungswissen, das in reichhaltiger Form bei den Beamtinnen und Beamten gegeben ist, auch für Kärnten einsetzt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich stelle an den SPÖ-Klub die Frage, ob es eine Zusatzfrage gibt? – Das ist nicht der Fall. Bei der ÖVP? – Keine Zusatzfrage. Bei den Grünen? – Keine Zusatzfrage. Bei den Freiheitlichen? Entschuldigung, normalerweise vor der ÖVP zu fragen! – Keine Zusatzfrage. Wünscht die Anfragestellerin eine Zusatzfrage? *(Abg. Mag. Theuermann: Danke, ich verzichte!)* Ist nicht der Fall. Dann kommen wir schon zur nächsten Fragestellung.

2. Ldtgs.Zl. 15/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Schalli an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser**

Ich bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Einen schönen guten Nachmittag! Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Regierungsmitglieder! Werte Zuhörer und Medienvertreter! Wir haben in der Regierungserklärung wohlwollend zur Kenntnis genommen in Bezug auf den geplanten Abbau von Verwaltungsstellen und auch von Verwaltungskosten - und ich nehme im Rahmen meiner Frage Bezug eben auf diese im Regie-

nungsprogramm dargestellte Reduktion von geplanten Verwaltungskosten und nehme auch auf der Ausschreibung der Webseite der Kärntner Landesregierung Stellenausschreibungen zur Kenntnis, trotz eines Schreibens von Dr. Platzer vom 3. April, ein Einstellungsstopp und ein Beschäftigungsverbot, das da ausgesprochen wurde, wo die Weisung erteilt wurde, dass keine weiteren Neuaufnahmen von Bediensteten in den Landesdienst zulässig sind, auch nicht für sogenannte Dienstzettel und freie Dienstverträge. Daran schließt sich nun meine Frage an, sehr geehrter Herr Landeshauptmann:

Warum schreiben die Abteilungen 1 (das Kompetenzzentrum der Landesamtsdirektion/Unterabteilung Protokoll) sowie die Abteilung 7 (Kompetenzzentrum Wirtschaftsrecht und Infrastruktur) am 9. Mai 2013 und am 20. Juni 2013 – trotz eines am 3. April erlassenen Einstellungsstopps – neue Stellen aus?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Bitte den Herrn Landeshauptmann um seine Antwort!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Wertes Regierungskollegium! Meine Damen und Herren des Hohen Landtages! Herr Abgeordneter Mag. Schalli! Es ist richtig, dass ich mit Übernahme des Amtes des Kärntner Landeshauptmannes und als zuständiger Personalreferent und Verantwortlicher für den Inneren Dienst eine Weisung erteilt habe, dass keinerlei Neuaufnahmen zu genehmigen sind, außer es wird ein dringender Bedarf geltend gemacht. Um sicherzustellen, dass das mit einer vernünftigen Prüfung einhergeht, habe ich diese Anweisung hinausgegeben und es sind in der jüngsten Zeit einige wenige Aufnahmen, vor allem auch in den Büros der Regierungsmitglieder trotz dieser Weisung erstellt worden, aber – und das ist das Wesentliche – nach vorheriger Prüfung auf Notwendigkeit, Bedarf und Dringlichkeit. Da diese Prüfung – und das ist in den beiden von Ihnen genannten Fällen der Fall gewesen – diese Dringlichkeit auch seitens der Personalabteilung als richtig empfunden wurde, dann habe ich von dem Recht Gebrauch gemacht, dass wir diese trotz Weisung

Mag. Dr. Kaiser

bestehenden Bereiche dort nachbesetzt haben. Denn es kommt für mich auf eines an: Die Verwaltung hat zu funktionieren, dort, wo notwendige Personalien gebraucht werden, haben sie eingesetzt zu werden, denn wir sind die Visitenkarte des Landes und damit auch die politisch Verantwortlichen nach außen und in beiden Fällen war das von meiner Seite her erstens mit hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit entsprechenden wichtigen Stellen so zu besetzen. Daher habe ich dem auch so Folge geleistet und gehandelt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landeshauptmann! Ich stelle die Frage, ob es von Seiten der SPÖ eine Zusatzfrage gibt? – Nicht der Fall. Von den Freiheitlichen? – Auch nicht der Fall. Von der ÖVP? – Keine Zusatzfrage. Von den Grünen? – Nein. Dann darf ich den Herrn Mag. Schalli um eine Zusatzfrage bitten.

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Ich möchte dazu bemerken, danke für Ihre Ausführungen. Der derzeitige Personalstand Ihrer Abteilung ist im Personalstand im Verhältnis zu Ihrem Vorgänger um zur Zeit 25 Prozent personalmäßig erhöht. Daran schließt sich meine Frage an. Aus 15 – zur Erläuterung – aus 15 Mitarbeitern vorher, sind es zur Zeit 21 Beschäftigte in dieser Abteilung, daran schließt sich meine Frage an:

Hätte hier nicht die Möglichkeit bestanden, aus dem Bestand dieser 45 Mitarbeiter der Landesregierung, die in andere Abteilungen verschoben wurden, Personen heraus zu rekrutieren, die diese Stelle durchaus hätten besetzen können, ohne neue, zusätzliche Personen zu akquirieren und zu beschäftigen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um die entsprechende Antwort dazu!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin leicht überfordert, hier auf eine für mich wundersame Vermehrung auf 21 Dienstposten in einer Abteilung zu antworten, die ich haben sollte, die mir so nicht bekannt ist. Ich kann daher auf diesen Vorhalt oder auf diese Zahl keine Antwort geben, weil ich sie schlichtweg nicht kenne und mir es auch als äußerst unwahrscheinlich erscheint, dass es die irgendwo geben sollte. Ich kann mich nur auf die gestellte Frage dieser zwei Personen konzentrieren. In einem Fall, Herr Kollege, Herr Abgeordneter, hat es 250 Bewerbungen für diese eine vakante Stelle gegeben, im anderen Fall war es eine Stelle, für die nur ganz wenige Personen zur Auswahl gestanden sind. Die eine Person, der Kollege Mag. Zenkl, der auch in der vorigen Periode ausgezeichnete Arbeit geleistet hat innerhalb der Landesverwaltung, hat diese Stelle dann auch bekommen. Wenn Sie es so möchten, war das keine Vermehrung, sondern innerhalb des Bereiches des bestehenden Personalstandes eine andere Dienstverwendung. Die anderen Zahlen – es tut mir leid – kann ich nicht nachvollziehen. Ich wüsste nicht, wo wir 21 Leute haben. Wenn Sie die Regierungsmitglieder und Büros meinen, dann darf ich darauf verweisen, dass wir hier ganz klar die Limitierungen mit 15 für den Landeshauptmann, 10 für die Stellvertreterinnen und 7 für die Regierungsmitglieder mit frei zu besetzenden Posten reglementiert haben und dass wir jeweils 3 Personen aus dem eigenen Bereich dienstzuordnen lassen können, dort, wo es die Referatszuständigkeit erfordert. Das ist das, was wir vereinbart haben, was wir umgesetzt haben. Was ich vielleicht antizipieren kann, was Sie gemeint haben hätten können, ist der Umstand, dass wir im Stellenplan des Landes Kärnten, der in der Regierung bereits beschlossen wurde, eine Vermehrung von insgesamt 130 Dienstposten haben. Die rühren aber daher, dass ein Teil der von Ihnen Besagten aus der vorigen Regierung mitübernommen wurde, dass wir 80 Personen aus Vereinen des Landes Kärnten, die dort als „Sachaufwand“ geführt wurden, jetzt eigentlich zu dem gemacht haben, was man anständigerweise tut, sie nämlich dem Personal zuzuordnen und ihnen die entsprechenden Arbeitnehmerrechte zuzuerkennen. Das haben wir geändert, das haben wir jetzt einmal bereinigt, sodass wir zu Beginn dieser Legislaturperiode als neue Re-

Mag. Dr. Kaiser

gierung einen tatsächlichen Ist-Stand haben und Personal unter Personal und Sachaufwand unter Sachaufwand abgerechnet wird. Wenn das die Frage gewesen sein sollte, dann hoffe ich, die doch mit einer gewissen Umleitung richtig beantwortet zu haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung! Wir kommen zur Anfrage 3:

**3. Ldtgs.Zl. 16/M/31:
Anfrage des Abgeordneten Mag. Do-**

linar an Landeshauptmann Dr. Kaiser

Nachdem der Herr Abgeordnete Dolinar entschuldigt ist, wird diese Anfrage an den Landeshauptmann in schriftlicher Form erfolgen. Wir kommen zur 4. Anfrage:

**4. Ldtgs.Zl. 17/M/31:
Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Landesrat Dr. Waldner**

Ich bitte den Herrn Abgeordneten! *(Abg. Trettenbrein: Herr Präsident! Ich ziehe die Anfrage zurück!)* Die Frage wurde vom Herrn Abgeordneten Trettenbrein zurückgezogen. Damit haben wir die Fragestunde erledigt. Wir kommen nun zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Hohes Haus! Wir haben einen entsprechenden Antrag des Landtagsklubs der Grünen, die nach dem Rotationsprinzip jetzt an der Reihe sind. Das Thema zu dieser Aktuellen Stunde lautet: „Weniger Gift in der Umwelt, mehr Schutz für die Bienen in Kärnten.“ Die Rednerfolge in der Aktuellen Stunde erfolgt nach dem Rotationsprinzip entsprechend der Stärke der Parteien. Ich darf daher der antragstellenden Fraktion, den Grünen, der Frau Klubobfrau Mag. Dr. Lesjak, das Wort erteilen. Ich bitte Sie allerdings, mir noch kurz die Gelegenheit zu geben, das Display so zu stellen, dass die Zeiten auch entsprechend sind. Bitte!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und auch zu Hause vor den Bildschirmen bzw. vor dem Internet! „Weniger Gift in der Umwelt, mehr Schutz für die Bienen in Kärnten“ – dieses Thema schließt direkt an die Landtagsenquete an, die wir vor Kurzem gehabt haben, wo wir ein Thema sehr breit bearbeitet haben, auch ausgehend hier vom Landtag und dann eben auch in der Enquete, wo es jetzt aus meiner Sicht noch

einmal wichtig ist, diese Themen, diese Ergebnisse festzuhalten und den politischen Willen entsprechend zu artikulieren, in welche Richtung das weitergehen soll. Diese Enquete war äußerst wichtig, weil hier Expertinnen und Experten aufgetreten sind und massiv zu einer Bewusstseinsbildung beigetragen haben. Wir haben Kenntnis gekriegt, Informationen gekriegt, wie der Zusammenhang zwischen den Giften und dem Bienenvölkersterben ist. Es ist ja so, dass Kärnten dasjenige Bundesland nach dem Burgenland mit den höchsten Völkerverlusten ist, wo der Zusammenhang zwischen dem Anbau von neonicotinoid-gebeiztem Mais und dem Bienensterben deutlich geworden ist. Da bin ich sehr dankbar, dass das Schwarz auf Weiß da liegt, weil es ist ja oft so – das habe ich auch schon öfters erlebt – dass man den Ergebnissen der Wissenschaft und der Forschung oft nicht so recht glauben mag. Insofern ist es ganz wichtig, das noch einmal hier auch festzuhalten, wie wichtig das ist, dass wir das jetzt wissen und diese eindeutigen Erkenntnisse aus der Wissenschaft auch zur Kenntnis nehmen. Da finde ich es schon auch ein bisschen schade, wenn bei der Enquete dann direkt auch Redner – Rednerinnen waren das nicht, das waren männliche Redner – auftreten, ich denke da an den Herrn Mikl, der aufgetreten ist und kritisiert hat, das Podium sei

Dr. Lesjak

nicht ausgewogen, was ja so nicht stimmt, weil alle Fraktionen eingeladen waren, ihre Vertreterinnen, Vertreter zu nominieren. Die nicht Ausgewogenheit des Podiums, wenn es eine gegeben haben sollte, kann ich mir am ehesten so erklären, dass die ÖVP da keinen Experten, sondern einen Funktionär hingeschickt hat. Das hat der Ausgewogenheit nicht etwas Gutes getan. Was auch sehr schade ist, wenn man dann in Anwesenheit der Expertinnen und Experten und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wissenschaftliche Ergebnisse geringschätzt und das ein bisschen herunterspielt, das ist auch schade. Umso wichtiger ist es, dass wir hier sagen, so, wir haben jetzt dieses Bewusstsein als gesamter Landtag. Wir haben bei der Enquete diskutiert und jetzt geht es darum, auf sachlicher Ebene auch weiter zu diskutieren. Immerhin ist seit damals sehr vieles weitergegangen. Auf Initiative der Grünen konnte im Parlament in dieser Woche ein ganz großer Erfolg zum Schutz der Bienen erzielt werden. Es ist so, dass wir für das von der EU verhängte Moratorium für das Verbot von drei Neonicotinoiden in Österreich früher Geltung kriegen und dass das Moratorium bei uns länger dauern wird. Bei uns gilt jetzt auch ein Verbot für gebeiztes Wintergetreide. Endlich wird auch die Praxis dieses „Totspritzens“ bei Getreide vor der Ernte mit Glyphosaten verboten, auch das haben wir erreicht, und der Verkauf von Herbiziden ohne Beratung wird auch verboten. Das sind schöne Teilerfolge, auf die wir verweisen können, wo wir maßgeblich daran beteiligt waren, den Schutz der Bienen voranzutreiben. Ich bin stolz darauf, das muss ich wirklich sagen, weil die Grünen sagen immer: „Zweifellos für den Schutz der Bienen“, die ÖVP sagt: „Im Zweifelsfall für den Schutz der Bienen“. Das ist ein Unterschied und diesen kleinen Unterschied möchte ich herausarbeiten. Uns geht es darum, diese ersten Schritte, diese Teilerfolge zu einem gesamten Ziel zu führen, alle Neonicotinoide und alle Gifte zu verbieten, weil wir jetzt wissen, wie schädlich das ist. Wir werden natürlich im Rahmen der Koalition und im Rahmen unserer Arbeit hier im Landtag in diese Richtung entsprechend weitergehen, weil wir wissen das ja von der biologischen Landwirtschaft, dass die ohne Gifte auskommt und die hat auch Gewinne, die hat auch eine Produktion und die überlebt auch sehr gut ohne die Gifte. Da müssen wir in Zukunft wirklich zu

einer Lösung kommen, die für Mensch und Tier die Beste ist.

Nebenbei bemerkt noch: Selbstverständlich ist der Bio-Anteil beim Essen zu erhöhen, auch das ist bereits im Gespräch. Wir haben einen entsprechenden Antrag im Ausschuss liegen, dass wir dafür sorgen, dass in den öffentlichen Einrichtungen zumindest dort, wo wir als Land Kärnten einen Zugriff haben, (*Vorsitzender: Die Redezeit läuft ab!*) der Bio-Anteil erhöht werden soll. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der Grünen-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich danke der Frau Abgeordneten Mag. Dr. Lesjak! Ich bitte den Herrn Abgeordneten Alfred Tiefnig als nächsten Redner ans Rednerpult!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Ich beginne meine Aussagen und meine Ausführungen mit einer Aussage von Paracelsus über Gifte in Natur und Umwelt: „Alle Dinge sind Gift und nichts ist ohne Gift. Allein die Dosis macht es, dass ein Ding kein Gift ist.“ Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Nach dem heutigen Wissensstand reicht diese Definition von Paracelsus über Umweltgifte natürlich nicht mehr aus. Die chronischen Vergiftungen sind natürlich besonders heimtückisch. Die Dosis macht es aus und der Zeitfaktor spielt natürlich eine sehr entscheidende Rolle. Bei diesem Krankheitsbild treten keine akuten Symptome auf. Das heutige Thema „Weniger Gift in der Umwelt, mehr Schutz für die Bienen in Kärnten“ ist nicht nur ein Problem in Kärnten, sondern es ist ein globales Problem. Die Enquete des Kärntner Landtages hat ja zutage gebracht, dass es sehr viele Interessen in dieser Causa gibt. Es betrifft – und so habe ich das gesehen – speziell die Produzenten, aber auch die Konsumenten gleichermaßen. Eines muss man auch hinterfragen: Sprechen wir über Pflanzenschutz oder Pflanzengiftmittel? Wenn man eine Pflanze schützt und dadurch zehn andere Pflanzen tötet: Ist das der richtige Weg? Eines zu diesem Thema ist ganz wichtig: Es geht nicht nur um das Insekten- und um das Bienensterben, sondern es

Tiefnig

geht da auch um ein Milliardengeschäft, wie wir das mehrfach über die Medien dokumentiert bekommen. Dass Neonicotinoide die siebenfache Wirkung auslösen als das in Europa verbotene DDT, das Insektizid, das ist nachweislich. Das wird in der Dritten Welt nach wie vor verwendet. Und dass Neonicotinoide sehr wohl in die Muttermilch bzw. in die Nahrungskette zurückfließen, ist auch wissenschaftlich nachweisbar.

Ebenfalls bei der Enquete gehört, obwohl dieses Thema schon seit 1994 in Frankreich auffällig geworden ist: Es war so, dass Chemie-Lobbyisten, Kapitalisten und riesige Agrar-Multis dieses Thema im wahrsten Sinne des Wortes totgeschwiegen haben. Unter der Führung nicht nur der Grünen, sondern auch der SPÖ im Nationalrat und in den zuständigen Ausschüssen wurde die Einschränkung bienengefährdender Herbizide, das Verbot von Neonicotinoiden oder die künstliche Austrocknung von Getreide wirklich als Teilerfolg dokumentiert. Der einzige Wermutstropfen, wie ich finde, ist, dass die Transparenz für Pflanzenschutzmittel und deren Ausbringung erst ab 2015 zur Anwendung kommt.

Eines ist ganz verwunderlich: Trotz der wahren Verrenkungen in dieser Causa vom Bauernbundpräsidenten Jakob Auer im Nationalrat, sind 95 Prozent der Punkte abgearbeitet worden und das ist eine sehr positive Bilanz. Für die Zukunft wünsche ich mir natürlich, dass bei diesen heiklen Themen, so wie auch bei der Enquete des Landtages angesprochen, wirklich sachlich diskutiert wird, dass die Wahrheit jedem Menschen zumutbar ist und auch dem „Furchenadel“ im Flachland zumutbar ist. Wenn man die verschiedenen Aussagen vom Agrarminister Berlakovich kennt, der sagt – die Klubobfrau der Grünen hat das schon angesprochen – „Im Zweifel für die Bienen“ und wenn er am 24.5. zur APA deziert sagt: „Ich kann mir vorstellen, das Verbot in Österreich früher umzusetzen oder es auf andere Kulturen zu erweitern,“ dann hoffe ich, dass diese Aussage in Gottes Ohr ist, weil bei diesen Quantensprüngen, die er da gemacht hat, ist diese Aussage genau zu hinterfragen. Denken wir an die nächsten Generationen, setzen wir schon jetzt, jeder Einzelne, auch wir hier im Landtag, die entscheidenden Schritte, weil ich glaube, bei uns (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) in Kärnten ist es noch nicht zu spät.

Und zum Abschluss ein Filmtipp: Der Dokumentationsfilm „More than Honey“, der ist wirklich empfehlenswert, er trägt das Prädikat „empfehlenswert“ und wenn man diesen Film gesehen hat, erübrigt sich jede weitere Diskussion über dieses Thema. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir die restlichen Themen (*Vorsitzender. Die fünf Minuten sind überschritten!*) auch noch aufarbeiten, dann werden wir in eine nicht so schlimme Zukunft gehen. Als Imkersohn sehe ich jetzt momentan, die Bienen sind sehr fleißig, die Witterung passt, beim Honig schaut es heuer nicht so schlecht aus und in diesem Sinne wünsche ich einen schönen Sommer, und da heute Schulschluss ist, den 75.000 Schülerinnen und Schülern angenehme und erholsame Ferien bis zum Herbst! Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der FPK der Klubobmann Mag. Leyroutz. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! „Mehr Schutz für die Bienen“ darf nicht nur ein reines Diskussionsthema sein. Frau Kollegin Lesjak, ich glaube, es ist zu wenig, hier einfach nur herauszugehen und zu sagen, es geht darum, ein paar Ergebnisse einer Enquete festzuhalten. Es geht darum, Lösungen zu präsentieren und an die Zukunft zu denken. Es ist einfach zu wenig, einen faulen Kompromiss im Nationalrat als Erfolg darzustellen, weil tatsächlich handelt es sich um ein Teilverbot und nicht um einen wirklich großen Schritt. Wir vom Freiheitlichen Landtagsklub haben ja schon am 16.5. einen Dringlichkeitsantrag zu dem Thema eingebracht und haben schon damals ein Totalverbot gefordert. Wir haben auch die Kärntner Landesregierung aufgefordert, etwas dahingehend zu unternehmen und auf die Republik Österreich einzuwirken, auch auf europäischer Ebene etwas weiterzubringen. Wir haben einen Antrag auf Abhaltung einer Enquete eingebracht und auch eine Anfrage an den zuständigen Agrarreferenten gestellt zum Thema „Umweltschädigung

Mag. Leyroutz

durch die Pestizidausbringung“. Leider hat sich bis darauf, dass diese Enquete stattgefunden hat, nichts getan, die Landesregierung schläft, sie unternimmt nichts. Und wenn man sich ansieht, dass in den letzten Monaten insbesondere die Produkte von Neonicotinoiden vom Handel zu Billigpreisen abgegeben wurden, weil von der EU ein teilweises Verbot erwartet wird und es zu gesetzlichen Einschränkungen kommt, dann bedeutet dies, dass im Jahr 2014 ein besonders starkes Jahr für das Bienensterben erwartet werden muss, und da zeigt sich einfach das Versagen dieser Landesregierung. Wenn man ansieht, dass die Steirer immerhin so weit waren, dass der Landtag dort einstimmig ein zumindest zeitlich befristetes gänzlich Verbot beschlossen hat, dann muss man sagen, dass da in Kärnten einfach zu wenig weitergeht und da mehr Tätigkeit erforderlich ist. Es ist aber auch so, dass vom Agrarreferenten unsere wichtige schriftliche Anfrage, welche neben einer Offenlegung der Daten der in Kärnten ausgebrachten Pestizide auch eine Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten eines Ausbringungsverbotes der schädlichen Pestizide beinhaltet, nicht beantwortet wurde. Wenn man sich das vorgelegte Budget ansieht, dann findet sich auch darin kein Ansatz, inwiefern hier auf das Bienensterben bzw. auf den Schutz der Bienen eingegangen werden soll. Dringend notwendig wäre tatsächlich ein gänzlich Verbot und nicht dieser faule Kompromiss, den SPÖ, ÖVP und die Grünen im Nationalrat mitgetragen haben. Es ist eine Förderung für die Imker anzudenken, die den Verlust der Bienenstöcke zu beklagen haben. Es wäre auch zu überlegen, dass die veterinärmedizinische Untersuchungsanstalt in Klagenfurt beauftragt wird, einen wissenschaftlichen Nachweis gemeinsam mit den Imkern zu erbringen, dass genau diese Pestizide für das Bienensterben verantwortlich sind. Auch hier ist der Agrarreferent untätig. Es sollten Meldepflichten eingeführt werden, wo und wann Pestizide ausgebracht werden, damit alle benachbarten Imker Bescheid wissen, gegebenenfalls ihre Stöcke verlegen können. Und schließlich, man darf auch die Agrar- oder Landwirtschaft nicht vergessen, müssen die Maisbauern unterstützt werden, damit ihnen allfällige Ersatzlösungen angeboten werden. Die Problematik ist, dass die Diskussionen einfach zu wenig sind, es werden Lösungen erwartet und eine Tätigkeit der Landesregierung. In dem Sinne fordern wir Sie auf, endlich tätig zu werden

und ein gänzlich und zumindest zeitlich befristetes Verbot auszusprechen. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karin Schabus. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Ing. Schabus** (ÖVP):

Hoher Landtag! Wertes Publikum! Liebe Zuhörer auf der Zuhörerbank! Liebe Regierungsmitglieder! Das Thema lautet „Weniger Gift für die Umwelt – mehr Schutz für die Bienen“. Wer möchte das nicht? Ich glaube, diese Grundformulierung steht außer Frage. Für mich stellt sich die große Frage, wie schaut es tatsächlich wirklich in der Bevölkerung aus? Faktum ist, wir haben es täglich in unserer Hand, welche Landwirtschaft wir wie wollen. Mit jeder Kaufentscheidung, wenn wir zum Markt gehen, zum Supermarkt, egal wohin, liegt es in unserer Hand. Die biologische Landwirtschaft – und ich weiß, wovon ich rede, ich bin selbst Biobäuerin – verzichtet gänzlich auf die Spritzmittel, auf die Pestizide, auf die Herbizide. Wenn wir diese Landwirtschaft unterstützen, wenn wir diese Produkte kaufen - und das können wir täglich - dann kann jeder seinen Beitrag dazu leisten. Faktum – und das ist durch viele, viele Zahlen belegbar – ist, dass die Kaufentscheidung, zu diesen Produkten zu greifen, bei der Bevölkerung nur 7 Prozent ausmacht. 7 Prozent der Produkte werden wirklich der Bioqualität, wo wir alle genaue Anforderungen erfüllen, entsprechen. Also, meine Aufforderung an jeden, der herinnen sitzt, wäre, beim nächsten Einkauf vielleicht wirklich einmal zu überdenken, was will ich zum Schutz der Bienen. Und zum Schutz der Bienen ist mir dieser Mehraufwand das wert, weil eines ist ja außer Frage zu stellen, der Mehraufwand, der dadurch zustande kommt. Ich vernichte nicht zehn Pflanzen, um eine hochzuhalten, sondern das ist tatsächlich in der Praxis knochenharde Arbeit. Ich würde mir viele freiwillige Helfer wünschen, um unsere Gemüseäcker von Beikräutern freizuhalten, damit die Hauptkultur wachsen kann. Ich wünsche mir aber auch eine faire, ehrliche Diskussion in der

Ing. Schabus

Öffentlichkeit. Wenn wir mit offenen Augen durch die Gegend fahren, dann sehen wir totgespritzte Bahndämme quer durch ganz Österreich. Alle Bahndämme werden mit Totalherbiziden totgespritzt! Derjenige, der mit offenen Augen durch Kärnten fährt, wird auch sehen, dass entlang der Straßenböschungen Rinnsale freigehalten werden, gespritzt mit Totalherbiziden. Man sollte das auch einmal ein bisschen wahrnehmen, man sollte vielleicht wirklich versuchen, mit den Kommunen in Kontakt zu treten, was für Lösungsansätze können wir da machen, um diese Gifte wirklich einzuschränken. Unser Umwelt- und Landwirtschaftsminister setzt sich auch sehr, sehr stark für die Förderung der Biobetriebe ein. Allein heuer sind in Kärnten 100 Umstellungsberatungen zum Thema Biolandwirtschaft vonstatten gegangen, und ich kann nur selber sagen, ich habe jahrelang, Minimum zehn Jahre, meine Bioprodukte in die konventionelle Schiene liefern müssen, weil kein Markt, Bioabsatzmarkt vorhanden ist, weil es der Konsument nicht möchte. Da ist für mich ein ganz wichtiges Umdenken bei jedem Einzelnen gefragt, was will ich und wie kann ich das machen. Und da gibt es, glaube ich, sehr, sehr gute Möglichkeiten, die jeder Einzelne machen kann, damit wir zu einem gesunden Ganzen kommen. Diese Umstellungen in die biologische Landwirtschaft sollten auch weitergehend massiv unterstützt werden, damit wir wieder mehr Biobauern in Kärnten haben. Und ich denke, da haben wir sehr, sehr gutes Potential. Vor einem möchte ich aber warnen, und das noch einmal auf den Punkt gebracht: 7 Prozent der Waren werden biologisch erzeugt und wir wissen auch, der Rest konventionell. Und wenn unsere Anforderungen sind, das weit darüber hinaus immer nach oben zu schrauben und der internationale Markt eigentlich nach anderen Kriterien wirtschaftet, fließen auch die Güter nach Österreich herein und wir zerstören die österreichische Landwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft, die regionale Wertschätzung, die auch hier vonstatten geht. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Frau Abgeordnete! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Siegfried Schalli vom Team Stronach. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und über die Medien! Offensichtlich wieder - da capo - breiteste Zustimmung durch alle Reihen in diesem Hause, es freut uns alle. Allein die Frage bleibt im Raum stehen, warum tun wir nichts? Es wäre aus unserer Sicht doch ein Leichtes, dem steiermärkischen Beispiel zu folgen – *(Es erfolgen Zurufe aus den Abgeordnetenbänken, dass der Redner schwer verständlich ist.)* Kein Mikrofon? *(Vorsitzender: Wohl, wohl! Funktioniert schon! Bitte vielleicht etwas kräftiger die Stimme an das Mikro oder das Pult höher zu fahren! – Abg. Dr. Lesjak: Etwas lauter hinein ins Mikro!)* Danke für den Hinweis! Okay, jetzt ist das Mikro offensichtlich eingeschaltet! *(Vorsitzender: Nein, das war es schon!)* – also diesem steirischen Beispiel zu folgen, um ein hundertprozentiges Verbot dieser Umweltgifte, die sie ja letztlich sind, durchzusetzen. Offensichtlich ist unter dem Eindruck eines Monsanto-Konzerns, in weiterer Folge einer Raiffeisengruppe und in weiterer Folge eines in dieser Sache etwas sprunghaften österreichischen Landwirtschaftsministers das nicht möglich, denn einmal da, dann wieder weg, einmal da und wieder weg, das kennen wir eigentlich schon und haben wir schon einmal gehabt. Und das ist eigentlich auch die Meinung, die unser Umwelt- und Landwirtschaftsminister zur Zeit an den Tag legt. Es liegt auch an ihm, hier konsequent durchzugreifen, und es liegt an uns, hier in der Legislative, letztlich auch mit einer größeren Geschwindigkeit Beschlüsse zu erwirken, um diese hundertprozentige Verbotszone Kärnten, sage ich jetzt einmal, im Bereich der Neonicotinoide oder Glyphosate oder auch der anderen Umweltgifte durchzusetzen. Eine Bienen-Enquete ist ein schöner Ansatz und Beginn und eine Weiterführung einer Diskussion. Ein zum zweiten Mal eingebrachter Diskussionspunkt der Grünen im Rahmen dieser Aktuellen Stunde ist begrüßenswert, aber wiederum ist mit einer ein- oder zweimonatigen Zeitverzögerung nichts passiert, bis auf das, dass wir auch in der Enquete interessante Neuigkeiten erfahren haben. Faktum ist, bis zum heutigen Zeitpunkt sind die Daten noch immer nicht auf dem Tisch, wie viele Mengen welchen Giftes wo eingesetzt werden. Unser Landwirtschaftsminister ist nicht willens oder imstande, diese Daten und Fakten

Mag. Schalli

auf den Tisch zu legen. Mir kann niemand erzählen, dass Raiffeisen nicht weiß, welche Mengen an „Roundup“ - oder wie auch immer die anderen Gifte heißen - hier am Markt abgesetzt werden. Ich glaube, das wäre ein Leichtes, hier mit einem Goodwill, respektive auch mit einem sanften oder unter Umständen auch großen Druck Maßnahmen zu erwirken, um zunächst einmal zu wissen, was wird überhaupt in welchen Mengen eingesetzt. Diese Zahlen und Fakten, die hier unter Verschluss gehalten werden, machen natürlich Institute tatenlos, sie können nicht weiterarbeiten, solange nicht die Fakten auf den Tisch kommen. Weil der Kollege hier auch die durchaus sehenswerte Dokumentation „More than Honey“ angezogen hat – ich nehme an, mehrere von Ihnen werden das vielleicht auch schon gesehen haben – da bekommen wir ja vorgeführt, in welche Zustände wir nicht kommen wollen. Wenn man sich das anschaut, auf welche Art der industriellen Produktion Bienenvölker dort produziert werden, das ist es nicht, was wir hier in diesem Land haben wollen und brauchen können, diese Massenproduktion ohne ökologische Rücksichtnahme, nur um die ausfallenden Völker in einer entsprechenden Masse nachproduzieren zu können. Da kommen wir weit weg von dem, was wir mit der hiesigen und inländischen Imkerei eigentlich bewirken wollen.

Jeder Imker, mit dem man hier im Lande spricht, ist seiner Tradition verpflichtet und auch seiner Menge in punkto der Produktion. Das geht einher sowohl mit einer gesunden Landwirtschaft ohne Einsatz von Giften und der Reihenfolge, zum Beispiel einer dieser Fruchtwechselfolgen oder anderen ökologischen Maßnahmen, ohne diese massive Gifteinsätze. Diese Neonicotinoide, die zum Teil fünf Jahre in den Böden nachweisbar sind, als Gift tatsächlich im Boden erhalten bleiben, mittlerweile auch im Urin von Kindern nachgewiesen werden können – da frage ich mich eigentlich: Auf was warten wir, respektive unsere Gesetzgebung, um dem wirklich einen Riegel vorzuschieben? Denn bei jeder anderen Krankheit, und sei es irgendeine Seuche oder auch nur ein Verdacht auf etwas, werden doch immer rigorose Maßnahmen gesetzt und Stoppmechanismen gezogen. Nur hier wird so getan, dass Studien, die zwar vorhanden sind, wissenschaftlich hinterlegt sind, einfach ignoriert werden. (*Vorsitzender: Die Redezeit geht zu*

Ende!) „Monsanto“ hat hier eine Macht, die Studien entsprechend zu manipulieren, ihre Gutachten, Gegengutachten zu bringen. Aber Fakt ist, dass die Bienenvölker aussterben, dass die Bienen von den Feldern nicht mehr in die Stöcke zurückkommen und aus dem Grund eine massive Nachproduktion gemacht werden muss, daher unsere Forderung: 100-prozentiges durchgängiges nachhaltiges Verbot aller dieser die Umwelt belastenden Umweltgifte! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der TS-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Landesregierungsbank! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und auch via Live-Stream! Wir haben uns in diesem Landtag in mehrerer Hinsicht schon sehr intensiv mit den Bienen beschäftigt. Wir haben uns auch entschlossen und damals abgestimmt, für die Carnica-Biene zu sein. Wir sind froh, dass wir unsere Bienen haben, dass wir auf die Gesundheit achten. Wir sind jetzt hoffentlich weg von einer parteipolitischen Diskussion, wo diese Bienen-Sache wieder eine Partei-Sache wird, wo sich die Parteien gegenseitig befetzen, wo die Landesregierung aufgefordert wird, etwas zu tun. Ich fordere die Landesregierung auch auf, etwas zu tun! Ich fordere alle Landesregierungen auf, etwas zu tun, alle Bundesregierungen, denn es betrifft schon längst nicht mehr nicht nur die Bienen, sondern den Menschen! Wir haben Abgase in der Luft. Wir haben Luftverschmutzung. Unser Erbgut wird schon geschädigt. Wenn schon das DDT nachweislich sehr, sehr viele Schäden im Erbgut hinterlässt, was hinterlassen dann diese Neonicotinoide? Die Bewusstseinsbildung muss gemacht werden! Die Bewusstseinsbildung fängt bei uns an, bei jedem Einzelnen. Wenn wir einen Garten zu Hause haben oder wenn jemand vielleicht nur so ein Blumenkasterl hat, dann geht er auch schon in einen Baumarkt und sucht sich die Gifte aus. Wir brauchen gar nicht weit zu schauen. Es gibt sehr,

Mag. Trodt-Limpl

sehr viele Beispiele, was man nicht machen darf, was man nicht machen soll. Die Ernährung, die Bewusstheit für die gesunde Ernährung – wir wissen ganz genau, dass sehr, sehr viel Essen weggeworfen wird, was bedenklich ist. Wir riskieren unsere Gesundheit und die Gesundheit unserer Nachkommen, daher ist es ganz, ganz wichtig, bei der Bevölkerung Bewusstseinsbildung zu machen und best practice-Beispiele zu unterstützen. Da lobe ich mir die Stadt Villach, die jetzt in der Unkrautvernichtung einen anderen Weg geht. Wenn Bahndämme gereinigt werden, dann wird das mit sehr heißem Wasser gemacht und nicht mit Pestiziden. Darum fordere ich uns alle auf, auf diesem Weg weiter zu tun und umweltbewusst zu leben und diese Umweltbewusstheit auch hinauszutragen, und es nicht zu erlauben, dass die Wirtschaft und die Industrie über uns entscheiden. Danke! *(Beifall im Hause.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Abgeordneten Trodt-Limpl! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann Michael von den Grünen. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe ZuhörerInnen! Liebe Bienen draußen in Wiese, Wald und Feld! Den Herrn Klubobmann der FPÖ – vielleicht können Sie es ihm ausrichten – kann ich beruhigen, die FPÖ hat diesem faulen Kompromiss auf Bundesebene zugestimmt. Ihr habt recht, muss ich sagen, weil das ist ein Fortschritt, ein Fortschritt für die Biene, der auf Grüne Initiative zustande gekommen ist. Es ist natürlich nicht ausreichend, aber mehr war leider wegen dem Widerstand des Landwirtschaftsministers gegen Bienenschutzmaßnahmen, das ist ja manifest und aktenkundig, nicht möglich, das geben wir offen zu. Aber es ist unsere Chance auf Landesebene, das jetzt nachzuholen.

Zu allererst: Es wäre wichtig, eine dauerhafte Regelung zu finden. Wir haben hier ein Moratorium, das gilt nur für drei Jahre. Zynisch gesagt, glaube ich nicht, dass die Carnica-Biene es schafft, in drei Jahren resistent gegen die Gifte zu werden, also brauchen wir eine Regelung, die

länger als drei Jahre hält, am besten auf ewig. Wir müssen auch sehen, dass es ja dauern wird, mindestens 500 Tage, bis die ganzen Gifte im Boden abgebaut werden, bis ein Verbot der Neonicotinoide überhaupt wirklich Wirkung zeigt. Dann brauchen wir ein Verbot des Einsatzes von Neonicotinoiden bei Wintergerste, bei Zuckerrüben, bei Saatkartoffeln und Zwiebeln. Das ist nämlich nach der neuen Bundesregelung noch möglich. Da wäre eine Verordnung des Agrarreferenten nach § 11 Pflanzenschutzmittelgesetz möglich. Dann brauchen wir mehr Transparenz. Es ist nämlich so, dass die Umsetzung der EU-Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln nicht funktioniert. Da ist nämlich festgehalten, dass Hersteller, Lieferanten, Händler, Einführer und Ausführer und auch die beruflichen Verwender, also die Landwirtinnen und Landwirte, Aufzeichnungen über Pflanzenschutzmittel zu führen haben und – das ist ganz wichtig – Dritte, wie Anrainer und Trinkwasserhersteller, damit bei Behörden um Zugang zu diesen Informationen ansuchen können. Diese Regelung findet sich ja auch hier im Kärntner Gesetz. Wenn der zuständige Agrarlandesrat bei meiner Anfrage bei der letzten Sitzung nicht genau beantworten konnte, welche Menge in Kärnten wirklich ausgebracht wurde, dann zeigt das, dass diese Informationspflichten noch nicht richtig funktionieren. Meiner Information nach wird es noch bis zum Jahr 2015 dauern, bis die Landesagrarreferenten hier eine Anwendungsstatistik für Österreich vorlegen können, und das dauert zu lange. Die Diskrepanz zwischen den 60 Kilo, die hier für Kärnten sind und den 10.000 Kilo auf Bundesebene ist für mich so eklatant, dass sich da einige Fragen auftun, denen die Behörde nachgehen sollte.

Dem Passus der Informationspflicht wird auch wichtig, nachzukommen, um hier die Anrainer zu schützen, um die Imker zu informieren, damit sie auch die Chance haben, ihre Bienenstöcke rechtzeitig wegzubringen, wenn Gifte ausgebracht werden und auch die Trinkwasserwirtschaft, weil diese Gifte ja schon in den geringsten Mengen wirken. Ich bezweifle, dass jede Kärntner Gemeinde hier über die analytischen Möglichkeiten verfügt, um zu schauen, ob das nun im Grundwasser drinnen ist oder nicht, deswegen wäre es ganz wichtig, zu sehen, was man beim Trinkwasser kennen muss, um für die Haushalte Sicherheit zu schaffen.

Dipl.-Ing. Johann

Das Ziel der Landwirtschaftspolitik muss es sein, langfristig auf eine Reduktion des Pestizideinsatzes hinzuwirken. Da gibt es den Kärntner Pflanzenschutzmittel-Aktionsplan, der erst letztes Jahr aktualisiert wurde. Leider, muss ich sagen, gibt es da ein Versäumnis. Da wurden nämlich keine konkreten Zahlen hineingeschrieben, deswegen lässt er sich auch nicht evaluieren. Nach fünf Jahren können wir also nicht sagen: Sind es mehr oder sind es weniger geworden? Ich denke mir, hier besteht ein Nachholbedarf. Da sollten wir nicht fünf Jahre warten, sondern da sollten wir so rasch als möglich nachjustieren.

Das von der EU vorgeschlagene „Greening“, das vom Landwirtschaftsminister Berlakovich immer wieder in Frage gestellt wurde, ist ein weiterer Schritt in Richtung einer ausgereiften Fruchtfolge. Diesen Weg sollten wir unterstützen. Und natürlich wäre es noch besser, die Bio-Landwirtschaft zu forcieren, wie es meine Kollegin Barbara Lesjak und auch die Abgeordnete Schabus bereits angedeutet haben. Ich freue mich darauf, auch hier in Kärnten Initiativen zur Förderung der Bio-Landwirtschaft setzen zu können und zur Förderung des Bio-Essens in öffentlichen Einrichtungen, in Kantinen, in Schulen, in Kindergärten. Da haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich denke mir, insgesamt werden wir hier zu einem guten Maßnahmenbündel kommen können. Ich hoffe, dass wir dann wirklich etwas für den Schutz der Bienen in Kärnten getan haben, auch im Sinne von dem, was die FPÖ gemeint hat. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Johann! Ich darf nun den Abgeordneten Bürgermeister Klaus Köchl ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Kärntner Landtag! „Mehr Schutz für die Bienen“ ist heute das Thema. Wenn man darüber genau nachdenkt, dann sagt man, na ja die Bienen, aber

das wird für uns eines der wichtigsten Themen in Zukunft sein, denn ein altes Sprichwort heißt: „Stirbt die Biene, so stirbt auch der Mensch.“ Deshalb glaube ich, ist es sehr, sehr wichtig, dass man darüber diskutiert und das in eine breite Diskussion bringt. Ich bin sehr froh, dass unter einem Bundeskanzler Werner Faymann jetzt im Nationalrat einmal ein Anfang gemacht worden ist und eine Gruppe, wo man sagt, das ist ein Giftstoff, bei dem es die Killerbiene trifft, der dort ausgestreut wird. Das ist jetzt wenigstens für eine kurze Zeit von drei Jahren verboten. Das finde ich wichtig und das ist der erste richtige Schritt dorthin, diese Pläne umzusetzen. Der Start ist im Oktober. Ich glaube, das passt genau in das Programm, wenn sich die Abgeordneten nach den Nationalratswahlen auch in Zukunft zusammentun, um hier letztendlich zu bewirken, dass das europaweit und weltweit so passiert. Das ist, glaube ich, das Entscheidende! Denn wer ist denn hier in Europa und in der Welt wirklich am Werk? Da sind Chemie-Lobbyisten am Werk. Da sind Kapitalisten am Werk. Da sind Agrar-Multis am Werk. Da sind EU-Lobbyisten am Werk, die kein Interesse daran haben. Die wollen mit ihren Ackerflächen soviel Gewinn wie möglich erzielen. Da ist ihnen jedes Mittel recht, um das aufzubringen, um größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Wäre das in einer anderen Situation wie bei der Jagd oder bei Fischen, dann wäre das natürlich ganz anders, das würde man dann sehen. Wenn die Rehe im Wald sterben oder die Fische im Wasser obenauf schwimmen würden, dann wäre das genau das, was wir nicht wollen und wo wir es sofort sehen würden. Das wäre dann sicherlich von der Politik nicht mehr vertretbar, aber bei den Bienen kann man das so nicht feststellen. Deshalb ist es wichtig, dass bei EU-Wahlen und auch bei Nationalratswahlen Kräfte ans Werk kommen, die das verhindern, die nicht diese Lobbyisten unterstützen, sondern die hier aufwecken, denn wir alle wollen eine gesunde, nachhaltige und vor allem regionale Landwirtschaft haben. Das ist eines der wesentlichsten Dinge, dafür sollten wir kämpfen, denn keiner von uns will Kinder haben, die irgendwelche Nervenschäden haben aufgrund dieser Sachen, die hier vergiftet werden. Ich selbst habe einmal vor einigen Jahren auch 20 Bienenstöcke gehabt. Bienen beanspruchen sehr, sehr viel Zeit. Das hat man in meiner Tätigkeit nicht mehr. Was ich feststelle, wenn ich mit den Imkern rede, mit denen ich heute

Köchel

noch befreundet bin: Der kleine Imker ist der, der jetzt draufzählt. In unserem Gesetz in Kärnten, Herr Landesrat Waldner, wird auf etwas vergessen, nämlich auf die Kontrolle. Es wäre hier im Kärntner Landtag noch einmal darüber zu diskutieren, was die Bienenkönigin betrifft. Wir sind alle für die Carnica-Biene eingetreten. Viele machen heute noch Kreuzungen. Das sind dann Bienen, die in zweiter und dritter Generation ganz aggressiv werden, mit denen man dann letztendlich wirklich große Probleme hat, nämlich dann auch selbst als Züchter. Das gehört ganz einfach kontrolliert, Herr Landesrat Waldner! Bei mir waren diese Sachverständigen, die vom Land eingesetzt worden sind und die haben gesagt, sie haben in den letzten Jahren schon zum dritten Mal einen Auftrag bekommen, das zu überprüfen. Da wird Anzeige gemacht, dann bekommen sie eine Mail, sie sollen das überprüfen gehen, im gleichen Atemzug kommt dann wieder eine Mail, dass die Überprüfung dann wieder abgesagt wird. Das ist nicht der Sinn, sondern wir sollten hergehen und mit den gesetzlichen Mitteln, die wir zur Verfügung haben – und das Gesetz ist in Ordnung – untersuchen, damit denen das Handwerk gelegt wird, die hier bei den Bienen selbst auch nur auf Ertrag aus sind und nicht darauf, dass in jedem Ort und in jeder Gemeinde genügend Bienenstöcke zur Verfügung stehen, um die Bestäubung vorzunehmen und um den guten Honig genießen zu können. Das, glaube ich, ist einer der ersten Schritte, die wir hier in Kärnten letztendlich machen können. Das wäre vor allem für die kleinen Imker für uns in Kärnten wichtig, die fünf und zehn Stöcke haben. Für die wäre das etwas ganz, ganz Wesentliches.

Ansonsten wünsche ich mir – und das hat man auch bei der Enquete gemerkt – dass hier mehr Bewusstsein in die Bevölkerung kommen sollte, aber vor allem mehr Bewusstsein im Landwirtschaftsministerium, hier wirklich EU-weit einzutreten, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist zu Ende!*) EU-weit herzugehen und zu sagen, wir wollen das nicht, wenn möglich, irgendwelche Abschlagszahlungen zu machen, aber dafür zu sorgen, dass unsere Umwelt für unser Kinder in Ordnung bleibt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Abgeordneten Köchel! Als nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Josef Lobnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Werte Regierungsmitglieder! Ja, das Bienensterben macht auch vor Kärnten nicht halt, das müssen wir leider Gottes zur Kenntnis nehmen, und ich meine, dass die Schuld daran nicht nur alleine durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verursacht wurde, sondern sicher auch gewissermaßen durch Krankheiten wie etwa Parasitenbefall und natürlich auch, weil diesen Tieren die natürlichen Lebensräume immer mehr genommen werden. Geschätzte Damen und Herren, daher war es auch notwendig – und wir haben auch im Mai zu diesem Thema gegriffen anlässlich eines Dringlichkeitsantrages, dem ja dann einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt wurde, weil für uns von vornherein klar war, uns gänzlich für ein Verbot der Neonicotinoide auszusprechen. Wie aber vor allem in den anderen Parteien mit diesem Thema umgegangen wird, zeigt die Diskussion und zeigen die Anträge, wie etwa jüngst im Parlament in Wien, geschätzte Damen und Herren. Und hier muss ich schon eines sagen: Bis vor kurzem waren sich ja bis auf die ÖVP alle Parteien einig, sich für ein gänzlich Verbot dieser sogenannten Neonicotinoide auszusprechen, aber bei der Ausschusssitzung des Landwirtschaftsausschusses vom 26. Juni wurden alle Anträge, die ein Verbot dieser Bienengifte betreffen, von der SPÖ und ÖVP abgelehnt, geschätzte Damen und Herren. Das ist die reelle Diskussion. Lediglich ein Antrag von Seiten der Grünen, vom Abgeordneten Pirkhuber, der einen Abänderungsantrag eingebracht hat, wurde in geänderter Form angenommen. Ursprünglich beantragt war – und das ist ganz wichtig! – ich zitiere: „Der Bundesminister wird aufgefordert, die Anwendung von bienenschädigenden Beizmitteln bei Saatgut aus der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide umgehend zu verbieten und alternativen Methoden zur Reduktion des Schädlingsdrucks den Vorzug zu geben.“ Nun, der abgeänderte Antrag, der dann gemeinsam von ÖVP, SPÖ und BZÖ abgesegnet wurde, liest sich dann so: „Der Bun-

Lobnig

desminister wird ersucht, die Zulassung von bienenschädigenden Beizmitteln bei Saatgut aus der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide in Einklang mit der Durchführungsbestimmung der Europäischen Union, Nr. 485/2013, für Kulturen, die interessant bzw. attraktiv für Bienen sind, umgehend zu verbieten und alternative Methoden zur Reduktion des Schädlingsdrucks herbeizuführen.“ Geschätzte Damen und Herren, das beweist im Klartext, dass man von einem ursprünglich gewollten Totalverbot in weite Ferne gerückt ist, dass man von wirksamen Einschränkungen massiv abgewichen ist und natürlich diese Form der Gesetzesmaterie total verwässert hat. Denn „im Einklang mit der Durchführungsverordnung der Europäischen Union“ bedeutet nichts anderes, als dass Österreich so handeln soll wie die Europäische Union nach ihren Richtlinien oder Verordnungen vorgibt, geschätzte Damen und Herren. Und das wollen wir bewusst auch nicht, denn sie enthalten zwar Einschränkungen bei der Verwendung dieser Pflanzenschutzmittel, aber insbesondere, wie sie sagen, dürfen sie nicht bei der Behandlung von Saatgut und der Bodenhaltung bei Sommergetreide sowie während der Blütezeit von Kulturpflanzen angewendet werden. Geschätzte Damen und Herren, heute wird im Parlament das neue Gesetz beschlossen, wo wir dem insofern zugestimmt haben, dass wir gesagt haben, wir sind zwar für ein Verbot, aber wir wollen, dass die Diskussion noch nicht zu Ende geführt wird, sondern dass wir noch einen Schritt weiter gehen in das gänzliche Verbot, denn dieser heutige Beschluss im Parlament bedeutet nur, dass es einmal Ausnahmen für Gruppen gibt, dass Kulturen ausgenommen werden und daher wird von unserer Seite im Parlament diesem Gesetzentwurf die Zustimmung gegeben. Und warum heute gerade die Grünen dieses Thema für die Aktuelle Stunde gewählt haben, obwohl sie dann nachher im Parlament diesen verwässerten Antrag eingebracht haben, ich glaube, das war eine Vorleistung für eine ins Auge gefasste Regierungsbeteiligung. Anders kann ich mir das nicht erklären. Vorher sagt man, ja, wir sind für ein Verbot und dann geht man her und wässert das auf und ist einerlei in einer Dreierkoalition schon jetzt mit der SPÖ und mit der ÖVP. Geschätzte Damen und Herren, selbst die Europäische Union hat sich für ein Verbot ausgesprochen, trotz des Widerstandes der gesamten Agrochemiekonzerne (*Vorsitzender: Die Redezeit geht zu*

Ende!) und auch der Europäischen Volkspartei, geschätzte Damen und Herren. Daher ist für mich wichtig, das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln dort zu verbieten, wo das Erntegut in die Nahrungsmittel- und in die Futtermittelkette gelangt, dass nachweislich der Schutz der Bienen zukünftig gewährleistet wird – meines Erachtens ist das nur mit einem Totalverbot möglich – und mit alternativen Methoden versucht wird, dem Schädlingsdruck Herr zu werden, damit auch in der Landwirtschaft nicht große Einbußen zu erfahren sein werden (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen, Herr Präsident!)* und vor allem ganz wichtig, die Abgabe der Pflanzenschutzmittel in Form der Selbstbedienung an private Verwender, wo das unkontrolliert ausgebracht wird, zu verbieten ist und nur mehr der Fachhandel dafür zuständig sein wird. Ein erster Schritt mit diesem Gesetz, aber noch nicht das Ende und vor allem das Ziel. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist von der ÖVP der Abgeordnete Franz Wieser. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Wenn wir jetzt die Diskussion verfolgt haben, wenn wir das als Zusammenfassung unserer Enquete verstehen, dann finde ich das in Ordnung, aber ansonsten ist es eigentlich nur ein Nachlaufen einer EU-Verordnung oder eines Gesetzes im Nationalrat, wo ja die Gesetze bereits im dementsprechenden Ausmaß beschlossen wurden. Wenn das Thema lautet „Weniger Gift in die Umwelt – mehr Schutz für die Bienen in Kärnten“, dann glaube ich, würde weniger Gift in der Umwelt nicht nur unseren Bienen gut tun, sondern es würde eigentlich uns allen gut tun. Die heutige Diskussion ist eigentlich ein Ausfluss dessen, dass ich zusammenfassend sagen kann, hurra, wir haben ein Gift entdeckt, das die Bienen schädigt und wir alle brauchen nichts anderes mehr zu tun und die Welt ist wieder in Ordnung.

Wieser

Aber ich glaube, dass unser Lebensstil, den wir alle miteinander führen, ganz einfach in der Form vorhanden ist, dass wir tagtäglich Gifte in die Umwelt setzen. Jeder von uns fährt mit dem Auto hierher zur Sitzung und schädigt damit schon die Umwelt. Jeder verwendet Sprays, die die Umwelt schädigen. Wir verwenden natürlich auch in der Landwirtschaft Gifte, die für die Umwelt wahrscheinlich nicht absolut verträglich sind. Die Industrie produziert tagtäglich Gifte, die in die Umwelt gelangen. Alles zusammen schädigt natürlich eben die Bienen, schädigt alle Lebensgrundlagen auf dieser Welt und natürlich eben auch uns selbst. Wir müssen aber zur Lebensmittelproduktion vielleicht eines feststellen: Erst mit der Einführung oder mit der Entdeckung von Düngemitteln, von Pflanzenschutzmitteln ist es in unseren Breitengraden dem Menschen eigentlich gelungen, vom Hunger wegzukommen, dass jeder genügend Lebensmittel hat, aber es ist damit auch gelungen, eine Produktion zu tätigen, die in einem Ausmaß vonstatten gegangen ist, dass auch die Lebensmittelpreise, muss man sagen – damals haben die Leute 40, 50 Prozent ihres Einkommens für die Lebensmittel ausgegeben, heute geben sie noch 12 Prozent aus. Wenn wir alles auf Bio umstellen wollen, dann muss der Bevölkerung auch klargemacht werden, dass es nicht bei diesen 12 Prozent bleiben kann, sondern dass dann die Ernährung dann dementsprechend auch teurer wird. Wir sollten aber vor allem auch - und das ist heute schon angesprochen worden - vom Land her, wenn wir das tatsächlich ernst nehmen, wirklich in allen Bereichen, wo wir die Möglichkeit haben, Biolebensmittel in den Verkehr zu bringen, das auch nützen. Wir haben genügend Krankenhäuser, wir haben Altersheime, wir haben das Bundesheer, alles Gemeinschaftsküchen, in denen das wirklich dementsprechend verarbeitet werden könnte. Und ich glaube, unser Antrag, von den Grünen und von der ÖVP, ist auch in diese Richtung und sollte dann auch dementsprechend umgesetzt werden, und es sollte dann nicht gejamert werden, dass die Preise oder die Kosten dementsprechend höher sind.

Um aber auf die Bienen zurückzukommen: In unserem Betrieb zu Hause in der Landwirtschaft haben wir seit Generationen Bienen. In den letzten 50 Jahren, muss ich sagen, macht unsere Bienezucht aufgrund der Arbeitsbelastung ein Berufsimker, und ich habe immer wieder die

Möglichkeit, mit ihm darüber zu diskutieren und zu reden. Auch er sagt, natürlich sind diese Umweltgifte schädigend und wir sollten alles tun, diese zu vermeiden, aber es kann nicht dabei bleiben, dass wir heute sagen, okay, von nun an ist alles in Ordnung, weil wir hier Verbote für die Neonicotinoide haben, sondern es ist seit Generationen in der Bienenwirtschaft ganz einfach immer schon der Fall gewesen, dass es Ausfälle gegeben hat, dass es eine Auswilderung gegeben hat, dass die Varroamilbe gekommen ist und dass wir heute die Herausforderungen haben, dass neue Insekten auf uns zukommen, wie Käfer oder Insekten. Das Springkraut zum Beispiel vernichtet den Honig, weil dort Bitterstoffe vorhanden sind, die den Absatz dann auch dementsprechend verhindern. Meine Forderung geht in diese Richtung, dass wir selbstverständlich alles unternehmen, um die Bienen zu schützen, wir müssen aber auch in der Zukunft die Imker dementsprechend unterstützen, sie fördern, die Imkerschule, die wir in Ochsendorf haben, dementsprechend unterstützen, dass sie weiterhin Schulungen, Kurse für die Imker anbieten kann, damit diese auch fachlich dementsprechend ausgebildet sind. Und wir müssen auch etwas mehr Geld in die Forschung stecken, damit wir tatsächlich wissen, welche Gifte für uns absolut unverträglich sind und welche nicht. In dem Sinn wünsche ich den Imkerinnen und Imkern in Kärnten viel Glück und Erfolg, hoffentlich mit gesunden Bienen! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Abgeordneten Wieser! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich von der Regierungsbank der zuständige Umweltreferent, Rolf Holub. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Landesrat **Holub** (GRÜ):

Danke schön, Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir sind das letzte Mal bei den Neophyten gewesen, jetzt sind wir bei den Neonicotinoiden. Vor einem Jahr, glaube ich, hätte das Wort fast niemand aussprechen können, da sieht man, dass zuerst ein Problem kommt und dann hinten nachhinkend kommt das Problembewusstsein.

Holub

Wenn man in Zeiten wie diesen auf die Wiesen schaut, merkt man, dass dort kaum mehr Bienen sind, kaum mehr Wespen sind, dadurch gibt es auch keine Hornissen mehr, weil die sich ja von den anderen ernähren. Was man noch einigermaßen sieht, sind Hummeln. Ja, es ist irgendwie traurig und vielleicht werden wir bald das Bild von China haben, wo kleine Menschen mit großen Pinseln von einem Baum zum anderen gehen und mit der Hand die Apfelbäume selber bestäuben. Das ist, glaube ich, nicht das erotische Gartenerlebnis, das sich die Bienen seinerzeit vorgestellt haben, wie es weitergehen soll. Wir wissen jetzt, dass es einige Gründe hat. Seit der Enquete wissen wir, dass die lustige Firma Monsanto, die ich eigentlich erst oder schon im Vietnamkrieg kennengelernt habe – damals haben die Produkte noch „Agent Orange“ geheißen und man hat das mit dem Flugzeug abgeworfen, damit man die Vietnamesen besser erschießen konnte, weil dann keine Blätter mehr da waren durch das Entlaubungsmittel – dieselbe Firma sich jetzt auf Ernährungsfragen spezialisiert hat und man sieht, dass die Moral doch teilbar ist von Land zu Land. Das Nikotin, ursprünglich von der Tabakpflanze erfunden, um die Insekten abzuhalten – man möchte es nicht glauben, einige haben es mit Koffein gemacht, andere mit Nikotin – das hat man jetzt so weit erfunden, dass man es geschafft hat, die Insekten angeblich vom Saatgut fernzuhalten. De facto ist das Leben, wie wir wissen, ein Kreislauf und alles, was in der Pflanze ist, ist in der Biene und alles, was in der Biene ist, ist dann auch irgendwann einmal im Menschen. Ein kleines Beispiel nur, weil wir es gestern mit dem Alpe-Adria-Forum angerissen haben, Strontium 90 ist zum Beispiel ein Nuklid, das in der Natur nicht wirklich vorkommt, sondern nur bei Atomkriegen oder in der Nähe von Atomkraftwerken auftritt. Das nistet sich hauptsächlich in Kleinkindern ein, weil es statt dem Kalzium in den Körper gebracht wird und anhand der Menge von Strontium 90 in kleinen Menschen, aber dann auch in größeren – Halbwertszeit 29 Jahre, also das lebt länger als der Mensch – sieht man, wieviel Atomkraft in den Menschen doch steckt. Und wenn man weiß, dass das den Krebs erzeugt, wissen wir, dass wir das Krebserzeugende schon von der Kindheit an mit uns aufnehmen, und deswegen gibt es auch so einen schönen Feldversuch der Grünen, dass wir anhand einer Ausstellung zeigen, wieviel Strontium 90 zum Beispiel in Milchzähnen von

japanischen Kindern, slowenischen Kindern, aber auch österreichischen Kindern drin ist. Es ist zumindest ein visueller Versuch, zu zeigen, dass alles ein Kreislauf auf dieser Erde ist und dass nichts geht - Wenn man links etwas hineinstopft, kommt es einem beim Ohr wieder heraus, das ist halt so, habe ich selber gesehen als ich noch auf der Pathologie ein paar Wochen famuliert habe. Das heißt, wenn wir versuchen, Käfer zu vergiften, vergiften wir uns selber. Und wie die ganzen Sprichwörter sagen, die heute schon herumgegoogelt worden sind von der Bachmann bis zum Paracelsus, ja, es ist natürlich die Menge, die macht es aus. Vorschlag von mir ist, verbieten wir einfach die Sachen, von denen wir sicher wissen, dass sie die Bienen und uns umbringen. Das ist ein recht einfacher Ansatz. Wir haben gegraben und haben sogar beim Holub als Umweltreferent eine Zuständigkeit gefunden, nämlich in § 5 Absatz 3 im letzten Satz des Landespflanzenschutzmittelgesetzes, da bin ich zuständig für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln im privaten Gebrauch. Ich werde eine Verordnung erlassen, in der ich zumindest das Glyphosat verbieten werde und auch die ganzen Neonicotinoide. Am Schönsten wäre es natürlich – und wir haben uns gerade mit dem Landesrat Waldner ausgetauscht – wenn man das auch beim erwerbsmäßigen Ausbringen von diesen Giften machen würde. Ich denke, wir werden sogar eine gemeinsame Verordnung andenken. Dann haben wir es geschafft, diese Gifte in Kärnten los zu werden. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landesrat Holub! Es geht sich noch eine Wortmeldung aus. Nachdem vom Team Stronach keine weitere Wortmeldung vorliegt, habe ich als letzte Wortmeldung in der Aktuellen Stunde den Abgeordneten Bürgermeister Jakob Strauß. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Kärntner Landtages, auch jene, die uns zuhören, die bei der heutigen Debatte der

Strauß

Aktuellen Stunde dabei sind! Der Mensch ist, was er isst und was er zu sich nimmt. (3. Präs. Lobnig: *Eine Erkenntnis von dir?*) Die Verantwortung, die wir als Gesetzesgeber haben, ist nicht nur, Gesetze und Normierungen und deren Ausformulierung zu debattieren und schließlich und endlich auch zu einer Beschlussfassung zu bringen, sondern auch den Menschen einen dementsprechenden Schutz angedeihen zu lassen, dementsprechend auch die Debatte heute um die Bienen, um die Bestäubung und deren Folgen. Der Einsatz von Giften sowohl im Haushalt, in der Landwirtschaft und insgesamt in den Flächen ist neu zu überdenken, neu zu normieren, neu zu festigen, um zukünftige und jetzige Generationen vor fatalen Schäden zu sichern, zu schützen. Herr Landesrat Holub hat das in seinen Ausführungen treffend gebracht. Jeder, der mit offenem Auge in der Natur unterwegs ist, merkt, wenn er die Erkenntnisse der letzten zwei, zehn, fünfzehn Jahre hat, was sich derzeit auf blühenden Feldern nicht abspielt oder abspielen könnte oder was vielleicht vor zehn, fünf Jahren noch gegeben und vorhanden war: Vereinzelt Hummeln kleinerer und größerer Prägung, Bienen wenig bis kaum oder überhaupt nicht mehr, auch nicht von der Größe her. Es macht keinen Unterschied, ob es die Buckfast ist oder die Carnica oder eine andere Rasse, weil die Gifte so intensiv sind, dass sie alles zerstören, was rundherum in der Natur vorgesehen ist, um diesen Kreislauf aufrecht zu erhalten. Ein ORF-Beitrag vor knapp fünf, sechs Wochen hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Es kann nicht die Antwort sein, dass man Maschinen entwickelt hat, die das Saatgut in Perfektion mit Gerätschaften in die Erde einbringen, aus dem Wissen heraus, dass jenes Saatgut – dasjenige mit nach außen hin geschützten Hüllen und der Schutz ist Gift – nicht in die Atmosphäre kommen kann und abgesaugt wird. Wenn man das Bild von der Einbringung einer landwirtschaftlichen Saatmaschine, die rund zehn Stunden im Einsatz war, gesehen hat, dass bei dieser beinahe ein viertel Kilo dieses Giftes an den Schläuchen und an den Gerätschaften hängen geblieben ist und sich da niemand die Frage gestellt hat, ist das jetzt Sondermüll, muss ich das entsorgen oder kann ich das ganz normal abwaschen, na ja, dann habe ich das wieder in die Natur gebracht und der Wind wird das schon irgendwie verfrachten und den Rest soll der Boden aufnehmen. Das sind die Folgen einer Glo-

balisierung, die Folgen eines Zurückdrängens von Kultur und Kulturlandschaft, die Folgen einer machtorientierten Ernährungs- und Landwirtschaft und die Folgen von Importen und sogenannten Exporten. Diese Folgen haben wir hier nicht nur zu debattieren, sondern auf diese Folgen haben wir mit aller Konsequenz zu reagieren und auch zu handeln. Es ist das Gebot der jetzigen Zeit, dem Schutz der Natur, der Umwelt einen höheren Stellenwert zu geben als nur das Maximieren von Gewinnzahlen und deren Auswirkungen und unter Umständen – und nicht nur unter Umständen, weil es auch praktiziert wird – dass Lebensmittel und Futtermittel an Börsen, an Aktienmärkten gehandelt werden. Wenn das die Entwicklung, wenn das die Revolution, die Evolution des 21. Jahrhunderts ist, geschätzte Damen und Herren, dann sind wir alle auf dem falschen Weg! Kehren wir zu jener Situation zurück, dass Saatgut bei sorgfältiger Behandlung und Lagerung jederzeit als Fruchtfolge im nächsten Jahr weitergegeben werden kann und weitergegeben werden muss und dass es nicht abhängig davon sein kann, ob ein großer Industrie- oder Chemiekonzern bestimmend ist, welches Saatgut zukünftig in Europa, in Österreich und in Kärnten angebaut werden kann. (Vorsitzender: *Die Redezeit geht zu Ende, bitte, Herr Abgeordneter!*) Dieser Auftrag ist nicht nur hier im Kärntner Landtag mit dementsprechender Energie und Sorgfalt weiterzubehandeln, sondern auch auf Ebene der Bundesregierung und des Nationalrates und selbstverständlich auch im Rahmen der Europäischen Union. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben damit die Aktuelle Stunde abgearbeitet. Ich darf noch ein paar Begrüßungen nachholen: Ich begrüße den Herrn Landesamtsdirektor Dr. Platzer! Ich begrüße den Landesrechnungshofdirektor Dr. Reithofer! Ich begrüße natürlich auch den Leiter der Finanzabteilung, Dr. Felsner! Ich begrüße besonders auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Zuhörer und Zuschauer auf unserer Galerie, die Zuhörer an den Internetgeräten, die via Live-Stream dabei sind! Wir kommen nun, meine sehr geschätzten

Ing. Rohr

Damen und Herren, zur Einbegleitung. *(Abg. Seiser meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Entschuldigung, Herr Klubobmann! Klubobmann Seiser zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich stelle ein Verlangen, eine Überprüfung des Verkaufs der Liegenschaft EZ 788 GB 72158 Reifnitz samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth durch den Bundesrechnungshof gemäß Art. 72 K-LVG in Verbindung mit dem Art. 127a Abs. 8 B-VG. Die unterfertigten Abgeordneten verlangen gemäß Art. 72 K-LVG in Verbindung mit dem Art. 127a Abs. 8 B-VG die Überprüfung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Rechtmäßigkeit und Sparsamkeit des Verkaufs der Liegenschaft EZ 788 GB 72158 Reifnitz samt darauf befindlichen Immobilien im Jahr 2005, aufgrund der im Jahr 2004 geschlossenen Optionsvereinbarung zwischen der Gemeinde Maria Wörth als Optionslegerin und der Kärntner Tourismusholding GmbH als Optionsnehmerin unter Beitritt des Landes Kärnten an die Magna Projektentwicklungs GmbH & Co OHG. Weiters wird die Überprüfung insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der 2011 getroffenen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Maria Wörth und der Magna Projektentwicklungs GmbH & Co OHG, mit welcher die Gemeinde Maria Wörth unter FPK-Bürgermeister Adolf Stark auf die Ausübung des ihr von der Käuferin vertraglich eingeräumten Wiederkaufsrechts gegen eine geringe Abschlagszahlung verzichtet hat, beantragt. Ich darf Ihnen den Antrag übergeben. *(KO Abg. Seiser übergibt dem Vorsitzenden den Antrag.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Klubobmann der Sozialdemokraten! Der entsprechende Prüfungsauftrag liegt auch in schriftlicher Form vor. *(Abg. Trettenbrein meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Zur Geschäftsordnung hat sich von Seiten der Freiheitlichen der stellvertretende Klubobmann Trettenbrein gemeldet. Bitte!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Freiheitlichen werden wie immer jeder Prüfung des Rechnungshofes zustimmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen? – *(Dr. Prasch meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Klubobmann Prasch, bitte, Team Stronach!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Im Sinne der von uns geforderten Transparenz in allen Bereichen werden wir selbstverständlich dieser Überprüfung auch zustimmen. Wir bedanken uns für die Worte des Herrn Klubobmannes, weil dieses Thema ohnehin schon nach verschiedensten Seiten überprüft wird. Da kann der Bundesrechnungshof sicher auch noch etwas Wesentliches dazu beitragen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! *(Abg. Mag. Trodt-Limpl meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Abgeordnete Trodt-Limpl! Ebenso Zustimmung zu diesem Antrag, nehme ich an. Moment!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Die Interessengemeinschaft des BZÖ stimmt diesem Antrag selbstverständlich auch zu.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Dann darf ich über den Antrag, wie er von Klubobmann Seiser vorgebracht wurde, abstimmen lassen. Betreff: Überprüfung des Verkaufs der Liegenschaft EZ 788 GB 72158 Reifnitz samt darauf befindlichem Schloss durch die Gemeinde Maria Wörth, Bürgermeister Adolf Stark (FPK), durch den Bundesrechnungshof gem. Art. 72 K-LVG in Verbindung mit Art. 127a Abs. 8 B-VG. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich

Ing. Rohr

um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so | beschlossen. Wir kommen nun zur

Tagesordnung

Ldtgs.Zl. 177-4/31:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2013 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2013, zur Vorlage eines Budgetberichtes gem. Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2013 erteilt werden

Nachdem die zuständige Finanzreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schanig, am letzten Dienstag diesen Entwurf in der Regierung eingebracht hat, darf ich sie nun bitten, dem Hohen Landtag diesen ihren Budgetentwurf auch entsprechend einzubegleiten! Ich darf sie bitten, dies vom Rednerpult aus zu tun!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schanig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und an den neuen Medien! Geschätzte Vertreter der Presse! Liebe Regierungskollegen! Geschätzte Regierungskollegin! Ich möchte in meiner Budgetrede etwas voranstellen, was mir ein persönliches Bedürfnis ist, nämlich ein großes Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzabteilung des Landes Kärnten! (*Beifall im Hause.*) Herr Dr. Felsner, Sie und Ihr Team haben in den letzten Wochen und Monaten Großartiges geleistet. Sie haben innerhalb kürzester Zeit einen Kassasturz auf den Tisch gelegt, der uns eine umfassende Betrachtung der finanziellen Situation des Landes ermöglicht hat. Es wurden die Rechnungsabschlüsse 2011 und 2012 vorgelegt, es wurde das Budget 2013 erstellt und parallel dazu die notwendigen Schritte zur Einleitung einer Haushaltsrechtsreform im

Land vorgenommen. Das alles mit einem nicht sehr großen Team unter konsequenter Arbeit und mit einer Kompetenz, wie man sie sich nur wünschen kann. Ich glaube, ich darf für alle Abgeordneten und alle Regierungsmitglieder sprechen, ein großes Danke!

Die Eckpunkte des Budgets 2013 sind bereits kommuniziert und bekannt. Wir haben Einnahmen ohne Fremdfinanzierung in der Höhe von € 2.154.648.500,--. Dem stehen Ausgaben gegenüber von € 2.284.557.200,--. Die Ausgaben im Jahr 2013 liegen unter den Ausgaben, die in den Rechnungsabschlüssen 2011 und 2012 verankert sind. Im Rechnungsabschluss 2011 betragen die Ausgaben € 2,52 Milliarden, im Rechnungsabschluss 2012 € 2,37 Milliarden. Das Budgetprogramm, das im Kärntner Landtag am 15.12.2011 für die Jahre 2010 – 2014 beschlossen wurde, sah für das Jahr 2013 eine Nettoneuverschuldung von rund € 145,6 Millionen Euro vor und erst für das Jahr 2014 einen Nettogebarungsabgang von € 126 Millionen. Wir liegen also trotz schwieriger Rahmenbedingungen auf Kurs. Die erwartete Nettoneuverschuldung 2013 liegt unter Berücksichtigung einer Tilgung von € 2,75 Millionen Euro mit rund € 127,2 Millionen deutlich unter den budgetierten Ergebnissen 2011 und 2012. Mit 0,72 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts Kärntens wird eine Nettodefizitquote unter 1 Prozent erreicht und der Landesvoranschlag 2013 entspricht auch den Vorgaben des Stabilitätspaktes, weil wir ein Maastricht-Ergebnis im Abgang von 0,358 Prozent des nominellen Bruttoinlandsproduktes erreichen, die Obergrenze würde bei 0,45 Prozent liegen. Wir leisten damit auch einen Beitrag zur Erreichung des österreichischen Stabilitätspaktes. Soviel zu den trockenen Rahmenbedingungen.

Der Landesvoranschlag 2013 ist nicht besonders phantasievoll, der Landesvoranschlag 2013 trägt nicht im gewünschten Umfang die Handschrift der Zukunftscoalition, aber wir haben es mit vereinten Kräften geschafft, aus einem schlechten Manuskript ein halbwegs lesbares Buch zu

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

machen. Wir haben es geschafft, bisher leere Seiten zu füllen, indem wir die Kapitel Bildung, Kunst und Kultur nicht nur mit Überschriften versehen haben, sondern mit Inhalten gefüllt. Wir haben es geschafft, den absehbaren dramatischen Showdown einer Sozialpolitik, die an den Erfordernissen der demographischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Entwicklung vorbeiging, zumindest in den Anklang eines Happyends zu wenden. Wir verzichten auf farbenprächtige Umschläge und teure Inszenierungen zur Präsentation unserer Werke. Wir brauchen die Inhalte nicht zu bewerben, sie sprechen für sich selbst. Bei der Konzeption meiner Budgetrede bin ich vor der Entscheidung gestanden, ob ich mich mit dem schweren Erbe beschäftige, das wir übernommen haben, oder mit den, wenn auch geringen Spielräumen, die Zukunftsentscheidungen ermöglichen, vor der Entscheidung, einen pessimistischen Blick zurück oder einen optimistischen Blick nach vorne zu werfen, vor der Entscheidung, meine Energie in Vergangenheitsbewältigung zu investieren oder alle Kräfte darauf zu bündeln, wo die Chancen einer hinkünftigen Entwicklung liegen. Ich habe mich für Letzteres entschieden. Und ich darf allen Abgeordneten Mut machen, den gleichen Weg zu wählen. Richten Sie Ihren Blick nach vorne, richten Sie Ihren Blick auf die positiven Dinge. Üben Sie Kritik, die konstruktiv ist und etwas bewegt, und nicht Kritik um der Kritik willen. Bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2013 wurde dort, wo wir noch Spielräume hatten, ein anderer Zugang gewählt als bisher. Ein Abgehen von der bloßen Fortschreibung von Budgetpositionen, das Hauptaugenmerk liegt auf einer nachhaltigen Zukunftsplanung, auf der Festlegung von Prioritäten. Maßgebend für die Budgeterstellung waren Zukunftsbezogenheit und Rationalität in der Budgetierung und nicht persönliche Eitelkeiten. Maßgebend war eine Planung, die dazu zwingt, sich die Ziele bewusst zu machen, sie zu formulieren und als Leistungsansporn an sich selbst vorzugeben. Aus diesem Zugang ergaben sich die klaren Schwerpunkte des Budgets 2013: Die Sicherung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Sicherung der Investitionen in die Bauwirtschaft, die Sicherstellung der Familien- und Wohnbaupolitik, eine Gesundheitspolitik mit qualitativ hochwertigen Leistungen und einer konsequenten Angebotsplanung, die Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung, die

Förderung des land- und forstwirtschaftlichen Wesens zur Stärkung des ländlichen Raumes, eine Sicherstellung der Cofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln und ein wichtiger Punkt, die Herstellung der Budgetwahrheit.

Ich darf zu einigen inhaltlichen Punkten kurz als Schwerpunkte Stellung nehmen. Zum ersten die Sicherung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Das Sozialbudget erfährt im Jahr 2013 eine notwendige Steigerung von 11 Prozent. Das trägt der demographischen Entwicklung Rechnung und ermöglicht einen qualitativen Ausbau von Versorgungsleistungen in der stationären und mobilen Pflege. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich der Behindertenhilfe, insbesondere die Forcierung alternativer Konzepte der Beschäftigung. Erstmals seit zwei Jahren wurde zur Finanzierung der Aufnahme des notwendigen Personals, sowohl im Pflegebereich als auch bei den Ärzten der Nettogeburungsabgang der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft mit € 242 Millionen oder 5,2 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren notwendigerweise angehoben. Ein Dankeschön hier an die Sozial- und Gesundheitsreferentin, die mit hoher Fachkompetenz und hartnäckiger Verhandlung diese Ergebnisse auch sichergestellt hat. Festzuhalten ist aber auch, dass jeder investierte Euro in diesem Bereich Arbeitsplätze schafft und der Sozial- und Gesundheitsbereich vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive geworden ist. Die Nachfrage nach Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens im Wert von 1 Million Euro schafft 17 Arbeitsplätze und der Sozial- und Gesundheitsbereich ist ein Wertschöpfungsmultiplikator. Die Erhöhung der Nachfrage nach Dienstleistungen um 1 Million Euro löst eine Wertschöpfung von zusätzlichen € 873.600,-- aus. Im Bereich des Arbeitsmarktes werden Investitionen zur Qualifizierung und als Maßnahme zur Integration in den Arbeitsmarkt finanziert. Im Jahr 2013 ist für den Bereich der Lehrlingsausbildung inklusive der Kreditübertragung ein Betrag von 1,5 Millionen Euro budgetiert, für die Lehre mit Matura 2,26 Millionen Euro und für die Arbeitsstiftungen, die wir in wirtschaftlich schweren Zeiten dringend brauchen, um in prekären Situationen zu helfen, inklusive der Kreditübertragung 2,9 Millionen Euro. Im Bereich des territorialen Beschäftigungspaktes, wo es um Beschäftigungsmaßnahmen und Eingliederungsbeihilfen geht, budgetieren wir im

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Jahr 2013 8,7 Millionen Euro, damit sichern wir gemeinsam mit den Leistungen des AMS 7.800 Plätze zur entsprechenden Qualifizierung. Die Ausrichtung in diesem Bereich wird aber auch neu gewichtet. Hinkünftiges Augenmerk bei den Qualifizierungsmaßnahmen wird auf das Nachholen von Bildungsabschlüssen gelegt. Wir brauchen bestens qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter, um konkurrenzfähig zu sein. Die Wirtschaftsförderung von morgen besteht nicht aus den finanziellen Ansiedlungsförderungen, sondern aus der gezielten Investition in die Ausbildung und Forschung und Entwicklung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Ein zweiter Bereich, der besondere Beachtung im Budget 2013 gefunden hat, ist die Sicherung der Investitionen in die Bauwirtschaft. Nach einem langen Winter in einer schwierigen Konjunkturphase müssen hier entsprechende Impulse gesetzt werden. Im Bereich des Straßenbaus beträgt das Bauprogramm 2013 26,8 Millionen Euro. Dazu kommen Entgelte für Projektierungsmaßnahmen in der Höhe von 1,5 Millionen Euro, Anschaffungskosten für Maschinen und Geräte von 2,2 Millionen Euro und ein Erhaltungsaufwand von 14,2 Millionen Euro, in Summe 45 Millionen Euro. Im Bereich der Wohnbauförderung inklusive der Kreditübertragungen stehen uns 2013 98,9 Millionen Euro für Darlehen, Wohnbeihilfen und Annuitätzuschüsse zur Verfügung und für Sanierungen 33,7 Millionen Euro. Der Schulbaufonds, dotiert mit 15 Millionen Euro, und der Regionalfonds mit einem Ausgabenvolumen von 8 Millionen Euro tragen weiters zu entsprechenden Bauinitiativen bei. Gemeinsam mit Landesrat Dr. Waldner wurde aus dem Gemeindebereich eine kommunale Bauoffensive mit 10 Millionen Euro ins Leben gerufen, das sind 25 Prozent der investierten Beträge, das heißt, eine Vervielfachung erfolgt noch durch die Gemeindebeiträge. Im Sozialbau werden im heurigen Jahr 7 Millionen Euro verbaut und die Landesimmobiliengesellschaft investiert 17 Millionen Euro in Neubauten und 6 Millionen Euro in Erhaltungsbereiche. Insgesamt ein Paket von 246 Millionen Euro, ohne die zusätzlichen durch Drittfinanzierung hinzukommenden Mittel, das dringend notwendig ist, um Beschäftigung in Kärnten zu schaffen. Besonders zu erwähnen ist der Umstand, dass der Sektor des Straßenbaus zu jenen

wenigen Bereichen im Budget 2013 gehört, die keine Kürzungen hinnehmen mussten. Stattdessen wurden im Vergleich zum Landesvoranschlag 2012 3,13 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Für die Energieförderung, die ebenfalls bauwirksam ist, stehen im Jahr 2013 Ausgaben von € 7.219.000,- zur Verfügung, was zu einer Steigerung um € 182.000,- führt. In den Folgejahren sind wir gefordert, all jene Förderansätze, die in den Energiebereich gehören, zu bündeln, damit der energiegeladene Umweltreferent auch seinen Energiemasterplan, der eine absolute Zukunftshoffnung für Kärnten darstellt, entsprechend umsetzen kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Familienpaket 2013, welches mit einem Gesamtrahmen von € 52,9 Millionen finanziell ausgestattet ist. Dieser stellt sich in den einzelnen Punkten so dar, dass für das Kärntner Babygeld 2013 2,3 Millionen Euro vorgesehen sind, für die Durchführung der Familienförderung inklusive der Übertragungen 3 Millionen Euro, für pensionsunversorgte Mütter ein Betrag von 1,68 Millionen Euro. Die allgemeine Schulbedarfsförderung wird integriert in eine Hilfe im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen und mit € 412.000,- dotiert. Den Teuerungsausgleich als Gießkanne wird es im Jahr 2013 nicht mehr geben, aber eine zielgerichtete Erhöhung der Wohnbeihilfe für die Betriebskosten, insbesondere dort, wo auch im Energiebereich Not am Mann und an der Frau ist, und die Wohnbeihilfe entsprechend aufgestockt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)* Im Bereich der Kinderbetreuung wurde insbesondere für Kleinkindbetreuung der Ausgabenrahmen im Vergleich zum Jahr 2012 um 1,5 Millionen Euro erhöht. Auch die Förderbeiträge für das Gratiskindergartenjahr für 5-jährige Kinder sind entsprechend sichergestellt. Im Wohnbau wird der Schwerpunkt auf den geförderten mehrgeschoßigen Wohnbau gesetzt. Gemeinsam mit dem für Energieförderung zuständigen Referenten, Landesrat Rolf Holub, wird derzeit ein neues Wohnbauförderungsgesetz vorbereitet, das sowohl qualitativen, ökologischen und soziologischen Anforderungen an eine moderne Wohnbaupolitik entsprechen soll. Aber wir möchten auch die Überfrachtung mit überflüssigen Regulativen beseitigen, um einen leist-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

baren Wohnbau in Kärnten sicherzustellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)* Augenmerk wird dabei auch auf eine ganz enge Abstimmung und eine optimale Zusammenwirkung von Bauordnung, Raumordnung und Wohnbauförderung gestellt. Die Mittel habe ich bei den Baubereichen schon erwähnt, rund 98 Millionen Euro für Darlehen, Wohnbeihilfen und Annuitäten und 33 Millionen Euro für die Sicherstellung von Sanierungen.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich wichtig ist in der Zukunft, wir werden abgehen von den einjährigen Planungszeiträumen. Wir brauchen mehrjährige Planungszeiträume für den Wohnbau. Derzeit sind 800 Wohneinheiten zugesichert. Dadurch, dass die Zusicherung nur jährlich erfolgt, haben wir einen enormen Umsetzungsrückstau – ganz klar, die Planungsleistungen dauern länger – und ab dem Jahr 2014 wird es mehrjährige Zusicherungen geben und damit eine raschere Abwicklung von Wohnbauvorhaben.

Im Bereich der Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung wurde der Schwerpunkt auf lebenslanges Lernen gesetzt. Die Vereinbarung mit dem Bund, die das entsprechend forciert, wird von Landeshauptmann Peter Kaiser umgesetzt. Budgetäre Vorsorge wurde auch für den Ausbau ganztägiger Schulformen getroffen und besonders schön ist es, dass sich im Budget auch ein Herzenswunsch unseres Landeshauptmannes wiederfindet, die Internationale Schule, die es ermöglicht, Kärnten noch weltoffener und moderner zu machen. Die Finanzierung der Fachhochschule ist gesichert, ebenso wie die Mittel für den Forschungsbereich sowohl für das CTR in Villach als auch für die Forschungszentren im Lakeside Park in Klagenfurt und in St. Veit.

Im Bereich Kunst und Kultur wurden bisher weiße Blätter von Landesrat Dr. Waldner neu beschrieben. Filmförderung, die Förderung des Kärntner Verlagswesens, ein Bekenntnis zu herausragenden Festivals, nicht nur in Worten, sondern auch in der Budgetierung, haben im Budget 2013 ihren entsprechenden Niederschlag gefunden. Besonders schön ist, dass der Kulturreferent sich über die Grenzen bewegt, über die Grenzen des Landes und über die Grenzen in den Köpfen und Bereiche zusammenführt, die bisher getrennt waren. Das betrifft Tourismus und Kultur,

es betrifft aber auch Kulturbereiche, die bis dato schön voneinander getrennt in einzelnen Schubladen abgelegt waren. Auch das ein Bild eines modernen Kärnten, das sich im Budget und in den Zahlen, die es widerspiegelt, entsprechend wiederfindet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und den Grünen.)*

Einer der erklärten Schwerpunkte bei der Budgeterstellung war die Herstellung der Budgetwahrheit. In der Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes Dr. Peter Kaiser wurde es heute schon erwähnt: Budgettricks der Vergangenheit gehören der Vergangenheit an. Hinkünftig wird Personalaufwand im Personalaufwand budgetiert und Sachaufwand im Sachaufwand. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen, die gute Arbeit leisten, sich neben den Reinigungsmitteln im Budget wiederfinden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)* Die dadurch bedingten Mehraufwendungen finden sich selbstverständlich im Personalbudget und wir sind alle gefordert, Anstrengungen zu unternehmen, um hinkünftig wieder eine sinkende Kostentendenz nach der schweren Erblast, die wir zu verdauen haben, im Verwaltungsbereich zu erreichen. Im Landesvoranschlag 2013 wurden aber auch Rücklagen für die in den nächsten Jahren erforderlichen Darlehenstilgungen gebildet. Ein großer Anteil, das waren die Mehreinnahmen im Landesvoranschlag 2013, die aus dem KELAG-Aktienverkauf im Umfang von 100 Millionen Euro resultieren, die gleichzeitig ausgabenseitig einer Tilgungsrücklage zugeführt wurden. Kritisch muss aber hier angemerkt werden, dass aufgrund der derzeitigen Kameralistik zwar die Einnahme verbucht ist, aber der Verlust des Vermögens, den wir dadurch erlitten haben, nirgends abgebildet wird. Ein Grund mehr, warum wir die notwendige Umstellung von Kameralistik auf Doppik durchführen müssen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Wir haben uns darüber hinaus gemeinsam zu strenger Budgetdisziplin verpflichtet. Wir haben uns eine Kreditsperre von 15 Prozent – weitaus mehr als in all den Vorjahren – auferlegt und wir sind gewillt, unsere Budgets entsprechend sparsam zu bewirtschaften und versuchen, den Gebärungsabgang im Rechnungsabschluss dadurch noch weiter zu senken. Wir haben risikobehaftete Rechtsgeschäfte aufgelöst, das einzige deriva-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

tive Rechtsgeschäft im Landesvoranschlag finden Sie nicht mehr, der SWAP gehört auch der Vergangenheit an. Die Zukunftscoalition ist modern, sie ist weltoffen, aber ich kann Ihnen eines versichern: In Finanzfragen sind wir streng konservativ. Das Geld der Kärntnerinnen und Kärntner ist bei uns in ganz strengen und guten Händen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Die Einsparungen im Landesvoranschlag 2013 liegen vor allem bei uns selbst. Wir sparen 2013 bei der Politik und in den Bereichen der Verwaltung, die uns zugeordnet sind. Wir wissen, dass in den nächsten Budgets Einschnitte erforderlich sind. Wir können die Bereitschaft der Menschen nur dann abverlangen, diese Einschnitte mit zu tragen, wenn wir bereit sind, den ersten Schritt bei uns selbst zu setzen. Sie finden im Landesvoranschlag 2013 eine Verringerung der Mitarbeiterzahl in den Regierungsbüros, eine Kürzung der Parteienförderung rückwirkend mit 1.7.2013 um mehr als 5 Prozent. Sie werden keine Ansätze für Werbe- und Repräsentationsausgaben finden. In allen Ermessensansätzen, mit Ausnahme des investiven Straßenbereiches, hat es Kürzungen gegeben. Manchmal hat man auch das Glück des Tüchtigen, wir haben Einsparungen im Zinsendienst, die uns einfach die Marktlage beschert hat, aber die dazu führen, dass sich die Spielräume etwas erhöht haben. Wir haben ein neues Mietenmodell mit der Landesimmobilien-gesellschaft ausverhandelt, das zu entsprechenden Einsparungen führt, und es beginnen die Strukturreformen zu greifen wie der Abbau von Doppelgleisigkeiten. In der letzten Regierungssitzung haben wir eine mehrgleisige Photovoltaikförderung in kompetente Hände eines Referenten gelegt und viele Schritte werden in der gleichen Art und Weise noch folgen. Wie eingangs dargelegt, hat uns der Landesvoranschlag 2013, der mitten im laufenden Gebahrungsjahr erstellt wurde, uns nicht viel Spielraum gelassen. Aber die intensive Beschäftigung aller Regierungsmitglieder mit dem Landesvoranschlag 2013, mit jeder einzelnen Budgetposition, die Wahrnehmung und das Erkennen vorhandener Doppelgleisigkeiten – in manchem Fall Dreifachgleisigkeiten – die intensive inhaltliche Diskussion bei der Erstellung des Landesvoranschlages war eine wertvolle Vorarbeit für die nächsten notwendigen Schritte der Budgetkonso-

lidierung. Wir sind uns einig, wohin der Weg uns führen soll: Die möglichst rasche Umsetzung eines Null-Defizits mit der erforderlichen Behutsamkeit, die wirtschaftlich schwierige Zeiten erfordern. Jeder Steuer-Euro muss hinkünftig dort eingesetzt werden, wo er am wirksamsten ist: Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und Abwanderung. Dazu brauchen wir aber wirkungsvolle Instrumentarien. Das größte und spannendste Projekt in dieser Legislaturperiode ist die Umstellung des Haushaltsrechtes von der Kameralistik auf ein integriertes Rechnungswesen, die Umstellung von Ausgabenorientierung hin zur Wirkungsorientierung. Wir brauchen unbedingt wirksame und effektive Steuerungs- und Messinstrumente, um den Einsatz von Budgetmitteln effektiv und effizient zu gestalten. Wir brauchen eine vollständige Erfassung des Vermögens und der Verbindlichkeiten. Heute haben wir keine mehrjährige verbindliche Ausrichtung des Budgets. Der Input steht im Vordergrund und nicht die Wirkung. Wir wissen, wie viel Geld für welche Maßnahmen wir ausgeben, deren Wirkung können wir großteils nur erahnen. Es liegt der Vergleich mit einem Düsenjet ohne ausreichende Navigationsinstrumente nahe. Wir wissen, dass wir fliegen, wir hoffen, dass die Richtung stimmt, wo genau wir uns befinden, können wir nicht sagen, geschweige denn, eine Punktlandung hinlegen. Ich darf es an einem Beispiel etwas näher bringen: Die monetäre Familienförderung der letzten Jahre in Kärnten hatte keine Zielsetzung und keine überprüfbareren Steuerungskriterien. Das Ergebnis: Es wurde viel Geld ausgegeben und wir haben die geringste Geburtenrate aller Bundesländer und Kärnten schrumpft. Hinkünftig sind solche Maßnahmen an klare Ziele zu knüpfen, darauf aufbauende Maßnahmen zu erläutern und genaue Kriterien festzulegen, anhand derer wir die Wirkung beurteilen. Wirkungsorientierung würde hier zum Beispiel bedeuten, unser Ziel ist die Steigerung der Geburtenrate in den nächsten vier Jahren, unsere Maßnahme ein flächendeckendes, qualitativvolles, ganztägiges Bildungs- und Betreuungseinrichtungsangebot. Den Erfolg kann man dann in Kennzahlen messen in den Jahren 1 bis 4, die darauf folgen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Das ziemlich gleiche Beispiel ließe sich im Rahmen der Armutsbekämpfung anführen. Auch

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

hier viele Einzelförderungen, nicht aufeinander abgestimmt, keine klaren Ziele, keine Wirkungskontrolle. Die Abteilungen sollen hinkünftig einen globalen Ressourcenrahmen und Leistungsziele vorgegeben bekommen und sie sind dann auch für die Einhaltung verantwortlich. Das Ergebnis ist eine erhöhte Transparenz. Der Landesvoranschlag wird hinkünftig nicht mehr das reine Zahlenwerk sein, das Sie heute vor sich liegen haben, sondern es wird die geplanten Maßnahmen beinhalten, die Kennzahl für die Festlegung der Zielerreichung, die auch publiziert wird und auch der Umgang mit Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungshofes ist im Budget zu dokumentieren. Dies alles führt zu einer massiven Demokratisierung des Budgets, zu Transparenz des Budgets und des Budgetvollzuges. Damit verbunden ein verbindlicher Finanzrahmen für mehrere Jahre, eine klare Verpflichtung zur Ausgabendisziplin, dafür aber mehr Flexibilität, erhöhte Planungssicherheit und eine transparente Budgetstruktur. In Wahrheit führen diese Wege weit über Haushaltsangelegenheiten hinaus. Es geht um eine Veränderung in unseren Köpfen, um einen erforderlichen Kulturwandel in der gesamten Verwaltung, in der Politik, hin zu einer klaren Prioritätensetzung und zu einer Transparenz der Entscheidungen. Das alles ist ein Instrument für Politikerinnen und Politiker, die gestalten wollen und für Sie als Abgeordnete eine Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten des Landtages im Rahmen des Budgetvollzuges durch die Landesregierung.

Wir können den Menschen in Kärnten derzeit nicht mehr an finanziellen Mitteln bieten, aber wir können ihnen mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung und Zukunftsorientierung bieten. Wir werden die über mehr als ein Jahrzehnt aufgebauten Probleme nicht in einem Jahr lösen, aber mit Ausdauer und ruhiger Hand ist eine Sanierung im gleichen Zeitraum, wie die Probleme aufgebaut wurden, möglich. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Diesen haben wir gesetzt und die nächsten werden folgen.

Parallel zu meiner Budgetrede stellen heute nicht unweit von hier junge AutorInnen im Rahmen des Bachmann-Wettbewerbes ihr Können unter Beweis. Ich möchte ihnen danken, dass sie mit ihren Beiträgen weit über die Grenzen Österreichs hinaus ein weltoffenes, von Willkommenskultur geprägtes Kärnten zeigen. Und ich

möchte meine Budgetrede auch mit einem Zitat von Ingeborg Bachmann schließen: „Im Widerspruch des Unmöglichen mit dem Möglichen erweitern wir unsere Möglichkeiten.“ Ich bin davon überzeugt, dass, wenn jeder und jede von uns sein und ihr Möglichstes tut, können wir selbst Dinge, die heute unmöglich scheinen, erreichen. Geschätzte Regierungskollegin! Geschätzte Regierungskollegen! Geschätzte Abgeordnete zum Kärntner Landtag! Sehr geehrte Medienvertreter! Liebe Kärntnerinnen und Kärntner! Wenn wir alle unser Möglichstes tun, wird Kärnten sich gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich positiv entwickeln. Wir haben alle Chancen, ergreifen wir sie! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Frau Finanzreferentin! Ich möchte mich für die Budgeteinbegleitung sehr herzlich bedanken! Wir haben ja nach dem Landtagsfahrplan vor, am 18. und 19. Juli, am 18. beginnend um 13.00 Uhr, dieses Budget einer ausführlichen Debatte zu unterziehen. Wir haben die nächste Landtagssitzung kommende Woche am Donnerstag und auch am Freitag anberaumt für die Debatte über die Rechnungsabschlüsse 2011 und 2012 mit weiteren Tagesordnungspunkten, in Summe neun Tagesordnungspunkte. Ich möchte auch mitteilen, meine Damen und Herren, das haben wir in der Präsidiale so besprochen, dass wir zumindest am nächsten Donnerstag, am 11., die Sitzung nicht um 18.00 Uhr, sondern schon um 17.00 Uhr unterbrechen werden, falls wir in der Abarbeitung der Tagesordnung nicht fertig sind, weil der Carinthische Sommer und die Eröffnung dieses durchaus wichtigen kulturellen Highlights in Kärnten stattfindet, deswegen wird die Sitzung am nächsten Donnerstag um 17.00 Uhr unterbrochen und dann, falls erforderlich, am Freitag fortgesetzt. Ich lasse Ihnen gerade zur Verteilung bringen, meine sehr geschätzten Damen und Herren auf der Regierungsbank und in den Abgeordnetenbänken, die in der Landtagspräsidentenkonferenz vom 11. bis 13. Juni in Krems gefasste gemeinsame Erklärung, die Kremser Erklärung. Dort waren in der Tagung in den Beratungen die Landtagspräsidenten Österreichs, die deutschen Landtagspräsidenten und

Ing. Rohr

auch die Südtiroler Vizepräsidentin des Landtages. Ich würde Sie bitten, dass Sie sich diese Erklärung, was Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung in einer modernen Informationsgesellschaft betrifft, entsprechend zu Gemüte führen und in den Klubs beraten.

Wir haben noch entsprechende Mitteilungen, nachdem es auch in Summe acht Anträge der einzelnen Fraktionen gibt. Ich darf den Herrn Landtagsamtsdirektor ersuchen, Ihnen diese

Mitteilungen kurz zu verlesen. Bitte, Herr Landtagsdirektor!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 64-15/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Ankauf von 15.000 Armbanduhrn durch FPK(FPÖ)-Mitglieder der Landesregierung auf Kosten des Kärntner Steuerzahlers

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

2. Ldtgs.Zl. 177-9/31:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Haushalts- und Strukturreform für das Land Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

3. Ldtgs.Zl. 210-9/31:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Aufnahme der HPV-Impfung in das öffentliche Impfkonzept und Kostenersatz

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

4. Ldtgs.Zl. 73-1/31:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend schiffahrtspolizeiliche Verkehrsbeschränkungen

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

5. Ldtgs.Zl. 210-10/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Aufnahme der HPV-Impfung ins Impfprogramm

Zuweisung: Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Krankenanstalten, Familien, Generationen und Frauen

6. Ldtgs.Zl. 74-1/31:

Antrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Erhalt der „Tage der deutschsprachigen Literatur – Bachmann-Preis“

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur

7. Ldtgs.Zl. 64-16/31:

Antrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Richtlinien für Ermessensausgaben, Werbekosten und Repräsentationsspesen

Mag. Weiß

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

8. Ldtgs.Zl. 94-2/31:**Antrag des TS-Klubs betreffend Rederecht für den Landesrechnungshof im Landtag**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Das waren die eingebrachten Anträge. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte noch darauf hinweisen, dass unmittelbar im Anschluss an diese Landtagssitzung die 8. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden im Kleinen Wappensaal stattfindet. Ich möchte Ihnen heute noch einen angenehmen Tag wünschen! Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen! Die, die im Finanzausschuss noch entsprechende Arbeit zu verrichten haben, denen wünsche ich eine gute Erledigung ihrer Aufgabenstellungen, alles Gute! Die Landtagssitzung ist geschlossen. Wir sehen uns am kommenden Donnerstag um 09.00 Uhr wieder.

Ende der Sitzung: 16.00 Uhr